

Landesinfo Baden-Württemberg



**UmFAIRteilen
Reichtum
besteuern** Seite 4

**Kommunalpolitik
Sozialticket ist
machbar!** Seite 7

**Mannheim
Machtlos gegen
Gentrifizierung?**
Seite 10

**OB Wahl
Niko Fostiropoulos
in Karlsruhe** Seite 14

**Petra Pau in Heilbronn
V-Leute
abschalten!** Seite 20

**Vaterlandslos
Liebe schwarz-rot-
gelbe Politiker!**
Seite 21

Inhalt

- ■ ■
Einladung: Tagung Eurokrise 4
- ■ ■
Bernd Riexingers nicht gehaltene Rede in Athen 6
- ■ ■
Strompreise dürfen nicht weiter steigen! 5
- ■ ■
Heilbronn: Gebäudereinigung wird rekommunalisiert 7
- ■ ■
Klasse Kitas für unsere Kinder! 8
- ■ ■
Schleckerfrauen gründen Genossenschaft 11
- ■ ■
Stuttgart: Starkes Ergebnis für Hannes Rockenbauch 13
- ■ ■
Solidarität mit Gmünder Flüchtlingen 17
- ■ ■
Syrien: Keine Militärintervention! 23

Das nächste Landesinfo erscheint im Dezember 2012.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 4/2012 ist der 3. Dezember.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE, „Kurswechsel“, DIE LINKE Baden-Württemberg

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortl.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, e-mail: stuttgart@gnn-verlage.com
Druck: Druckhaus Dresden GmbH, Bärensteiner Str. 30, 01277 Dresden.

Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

LandesvertreterInnenversammlung der LINKEN Baden-Württemberg

**Samstag, 26. Januar, Beginn pünktlich um 10.30 Uhr, (Einlass und Mandatsprüfung ab 9.15 h)
Stuttgart, Gewerkschaftshaus, Willi-Bleicher-Straße 20**

Der Landesvorstand hat diese Versammlung mit Beschluss vom 22. Juni 2012 einberufen und als Empfehlung politische Kriterien für die Kandidaturen auf der Landesliste beschlossen. Diese wurden im Landesinfo 2/2012 veröffentlicht.

Wir bitten die Genossinnen und Genossen, die auf der Landesliste kandidieren, ihre Kandidatur anzumelden und bis spätestens 10.12. eine Kurzvorstellung von unter 2500 Zeichen (als Word-Datei) bei der Landesgeschäftsstelle einzurei-

chen, die dann mit Farbfoto (hochauflösende Datei) veröffentlicht werden kann.

Die Kreisverbände wählen ausschließlich zum Zweck „Wahl der Landesliste“ ihre Vertreterinnen und Vertreter (nach Delegiertenschlüssel) für die Versammlung am 26. Januar. Diese Vertreterinnen müssen entsprechend Wahlgesetz in Baden-Württemberg den Hauptwohnsitz haben, mindestens 18 Jahre alt sein, die deutsche Staatsbürgerschaft und das Wahlrecht haben.

Landesparteitag der LINKEN in Baden-Württemberg

**Sonntag 27. Januar, Beginn 9 Uhr,
Gewerkschaftshaus Stuttgart, Willi Bleicher Straße 20**

Die Delegierten an diesem Tag sind die regulären auf zwei Jahre gewählten Delegierten der Kreisverbände.

Wir bitten die Kreisvorstände und den Jugendverband darauf hinzuwirken,

dass alle Mandate wahrgenommen werden.

Der Landesparteitag wird Nachwahlen zum Landesvorstand und ggf. zur Landesschiedskommission durchführen.

Wahlkreisversammlungen zur Bundestagswahl

Derzeit finden in allen 38 Wahlkreisen Baden-Württembergs Mitgliederversammlungen der LINKEN zur Wahl von Direktkandidatinnen und Direktkandidaten statt. Bei Redaktionsschluss waren gewählt: Karin Binder in Karlsruhe, Walter Kubach in Neckar-Zaber, Richard Pitterle in Böblingen, Michael Schlecht in Mannheim, Eva-Maria Glathe-Braun in Ulm, Peter Schimke in

Ludwigsburg. – Diese Versammlungen finden entsprechend Wahlgesetz statt. Stimmberechtigt sind jeweils Mitglieder der LINKEN, die 18 Jahre alt sind, die deutsche Staatsbürgerschaft und im jeweiligen Wahlkreis den Hauptwohnsitz und das Wahlrecht haben. Die notwendigen Unterlagen für die Versammlung sind erhältlich bei den Kreiswahlleitern und im Landesbüro.

Landesausschuss

Die nächste Beratung des Landesausschusses findet am Sonntag, den 25. No-

vember, voraussichtlich in Karlsruhe statt.

Regionale Beratungen zur Vorbereitung der Bundestagswahl

Auf Beschluss des Landesausschusses finden in den vier Regierungsbezirken Regionalkonferenzen statt. Beraten wird dort über strategische, programmatische und organisatorische Vorbereitungen des Bundestagswahlkampfes. Die regionale Zusammenarbeit der Kreisverbände soll mit diesen Treffen gestärkt werden.

Eingeladen sind alle Kreisvorstände und interessierte Mitglieder der jeweiligen Region.

Die Versammlungen finden statt:
in Freiburg am Sonntag, 18. November, um 10 h, Einlass 9.30 h, Hebelschule-Au-

la, Engelbergerstraße 2, 79106 Freiburg, Eingang zur Aula über Eschholzstraße

in Ulm am Samstag, 1. Dezember, um 10.30 h, Kornhauskeller, Hafengasse 19; 89073 Ulm

in Heilbronn am Samstag, 8. Dezember, 10.30 h, Gewerkschaftshaus, Gartenstr. 64, 74072 Heilbronn

in Karlsruhe Sonntag, 9. Dezember, Restaurant Walhalla, Augartenstraße 27.



UmFAIRteilen – Reichtum besteuern

Zehntausende Menschen in vielen Städten der Bundesrepublik, unter ihnen zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN, sind am 28. September auf die Straße gegangen. Sie forderten lautstark und unübersehbar, die gigantischen privaten Vermögen, die sich in den Händen einiger weniger Superreicher befinden, durch eine Millionärsteuer und eine einmalige Vermögensabgabe zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen.

Heike Hänsel (MdB) zum Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Zehn Prozent der Deutschen gehören 53 Prozent des Vermögens, 1998 waren es nur 45 Prozent. Die ärmere Hälfte der Haushalte besitzt dagegen gerade einmal ein Prozent des Vermögens. Auch in der Finanzkrise sind die Vermögen durch Spekulation und staatliche „Rettungspakete“ weiter gewachsen.

Die Bundesregierungen der vergangenen zehn Jahre von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb haben diese Umverteilung von unten nach oben zu verantworten: die Agenda 2010 mit Hartz I bis IV, die Ausweitung von Leiharbeit, die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Nichterhebung der Vermögenssteuer seit 1997. Diese Verarmungspolitik führte zu sinkenden Reallöhnen, der Ausbreitung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung, drohender Altersarmut und millionenfacher Kinderarmut in diesem Land.

Wir brauchen endlich eine gerechtere Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Deshalb unterstützt DIE LINKE das bundesweite Bündnis „UmFAIRteilen“, in dem sich Sozialverbände, Gewerkschaften, attac und viele andere Organisationen zusammengeschlossen haben. DIE LINKE fordert eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes

auf Kohl-Niveau, eine europaweite Vermögensabgabe und eine Millionärsteuer. Gleichzeitig müssen Niedriglohn und prekäre Beschäftigung bekämpft werden durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro und ein Verbot der Leiharbeit.

Die LINKE Baden-Württemberg lädt ein

Tagung Eurokrise

Donnerstag, 1. November (Allerheiligen), 11 bis 17 Uhr, IG-Metall-Haus Stuttgart, Saal A, Theodor-Heuss-Str. 2, 70174 Stuttgart

Die LINKE. Baden-Württemberg will auf der Tagung die Ursachen der Eurokrise aufdecken und diskutieren, wie sie gelöst werden kann, ohne dass die Beschäftigten der EU einen milliarden-schweren Preis dafür bezahlen. Wir suchen nach Wegen, europaweit Banken und Millionäre zur Kasse zu bitten und den verschuldeten Staaten durch Investi-

tionen und Schuldenerlass wieder auf die Beine zu helfen.

Als Referenten sind eingeladen:

Thodoros Paraskevopoulos, Wirtschaftswissenschaftler und Berater unserer griechischen Schwesterpartei Syriza. Er spricht unter anderem über die Folgen der Eurokrise für Griechenland und die Forderungen von Syriza zu ihrer Lösung.

Heiner Flassbeck, Direktor bei der Unctad in Genf, 1998/99 Staatssekretär unter Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine. Er spricht über die Ursachen der Eurokrise, insbesondere über die verhängnisvolle Lohnpolitik in Deutschland.

Uwe Meinhardt, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Stuttgart. Er spricht über die Euro-Krise aus Sicht der IG Metall und über die Alternativen. Die baden-württembergische Metall- und Elektroindustrie ist in hohem Maße von Exporten abhängig, damit auch die Arbeitsplätze vieler Beschäftigter.

Michael Schlecht, Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE. Er spricht zu den Ursachen der Eurokrise, zur Politik der Linksfraktion und zu den Mobilisierungsstrategien, insbesondere dem Kampf gegen Lohndumping und Prekarisierung.

Zu jedem Thema ist genügend Zeit eingeplant, damit alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mitdiskutieren können. Zum Abschluss wollen wir an „runden Tischen“ Gelegenheit geben mit den Referenten in kleinerem Rahmen zu diskutieren.

Auf der Seite www.Tagung-Eurokrise.de bitten wir alle Interessierten sich anzumelden. Auf dieser Seite werden in Vorbereitung der Arbeitstagung Texte und Informationen veröffentlicht.

Bitte verbreitet diese Einladung, damit Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen und andere Interessierte sich den Termin freihalten und anmelden können.

Mit solidarischen Grüßen,
Christoph Cornides, Heidi Scharf, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit.



Plakate sind schon mal genug da ... Walter, Hans und Stefan bei der Arbeit.

Bernd Riexingers nicht gehaltene Rede in Athen

Der Vorsitzende der Linkspartei war am 9. Oktober bei den Protesten Zehntausender in Athen mit dabei. Anders als geplant konnte Bernd Riexinger jedoch nicht zu den Demonstrierenden sprechen – die Demonstrationen waren verboten worden. Was der Gewerkschafter aus Stuttgart den Kollegen aus Griechenland sagen wollte:

Wir haben unseren Tag mit dem Besuch in einem Athener Kinderkrankenhaus begonnen. Der Chef unserer griechischen Freunde von Syriza, Alexis Tsipras, hat Frau Merkel aufgefordert, dasselbe zu tun. Und vielleicht hätte sie der Aufforderung nachkommen sollen.

Dann hätte sie gesehen, was ich gesehen habe: ein gut organisiertes Kinderkrankenhaus, in dem Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, Ärztinnen und Ärzte und das Verwaltungspersonal hochmotiviert für das Wohl ihrer kleinen Patientinnen und Patienten sorgen. Und das, obwohl ihr Lohn um 40 Prozent gekürzt wurde, obwohl auf 800 ausgeschiedene Beschäftigte gerade mal acht Neueinstellungen kamen, obwohl immer mehr Menschen in den Notaufnahmen stranden, obwohl das Geld für alles, auch für die notwendigsten Medikamente fehlt, obwohl die Zahl der Pfleger so dezimiert ist, dass sie die Sicherheit der Kinder nicht mehr als ge-

währleistet ansehen. Merkel hätte dann einen Kinderpsychologen getroffen, der von gehäuften Selbstmordversuchen unter Kindern und Jugendlichen berichtet. Und sie hätte vor allem gesehen, dass in Griechenland fleißige und kompetente Leute im Gesundheitswesen arbeiten, die keine organisatorische Nachhilfe aus Deutschland brauchen, sondern eine Lösung für ihr zentrales Problem: die existenzbedrohende Unterfinanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens.

Wer das Gesundheitswesen kaputt kürzt, darf sich nicht wundern, wenn die Menschen krank werden. Ich habe heute das Programm in Athen absolviert, das Merkel hätte absolvieren sollen. Ich nehme ihr nicht ab, dass ihr Herz blutet, wenn sie die Leiden der Menschen in Griechenland sieht. Ich frage mich jeden Tag mehr, wo sie ihr Herz eigentlich gelassen hat.

Merkel hat sich stattdessen hinter vielen Reihen von Polizisten und Barrieren mit einer Handvoll Beamten, Ministern und Managern getroffen. Ich finde, es wäre richtig gewesen, wenn sie sich den verzweifelt Menschen gestellt hätte: den Eltern, die nicht mehr wissen, wie sie für ihre Kinder sorgen sollen, den Rentnern, die nicht mehr ihre Stromrechnungen bezahlen sollen, den Jugendlichen, die aus lauter Verzweiflung über fehlende Jobs und Perspektiven ihrer Wut freien Lauf lassen. Merkel hat all das heute nicht gesehen, weil sie es nicht sehen wollte.

Ich bin heute dort, wo Frau Merkel sein sollte, auf dem Athener Syntagma-Platz. Ich bin hier, um ein Zeichen der Verständigung zu setzen. Merkel und ihre Freunde – die Banker, die Spekulanten, die Großaktionäre, die Milliardäre und Billionäre Europas – ihnen allen wäre es das liebste, wenn die Arbeitnehmer und Rentner Europas sich entlang der nationalen Grenzen spalten lassen würden. Meine Botschaft ist eine andere: Solidarität. Es muss in Zukunft selbstverständlich sein, dass Alexis Tsipras in Hamburg auf einer Demonstration für mehr Gerechtigkeit redet und ich in Athen mit Euch gegen die brutale Kürzungspolitik der Troika protestiere. Es muss solange selbstverständlich werden, bis wir mehr Gerechtigkeit in Europa und ein Ende der zerstörerischen Austeritätsprogramme erreicht haben. Es muss selbstverständlich werden, damit wir all das miteinander erreichen.

Ich sage es immer wieder: Wir sollten alle miteinander mehr Protest in Europa wagen. Merkel und ihre Freunde, Papandreou und Samaras gehören dazu, lasst Euch nicht täuschen – die haben



Bernd Riexinger mit Alexis Tsipras

den Karren in den Dreck gefahren, die haben unser Geld im europäischen Bankensumpf versenkt. Jetzt müssen wir miteinander einen Weg aus dem Schlamm finden. Ich bin sicher, wir werden ihn finden, und wir werden ihn gehen, zusammen!

Neues Deutschland, 10. Oktober 2012

ESM ist Bankenrettung auf Kosten des Sozialstaats

„Der ESM wird ‚Hilfspakete‘ an die Banken verteilen. Bei der Bevölkerung wird hingegen keine Hilfe ankommen. Im Gegenteil, durch die Auflagen der ‚Hilfspakete‘ werden Arbeitnehmerrechte und der Sozialstaat unter die Räder kommen“, kommentiert Michael Schlecht die konstituierende Sitzung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Der Chefvolkswirt der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Mit dem ESM wird der ultraneoliberale Umbau Europas vorangetrieben, der Fiskalpakkt wird wohl bald folgen. Gelder aus dem ESM gibt es nur bei Einhaltung des Fiskalpaktes. Dieser wiederum wird eine Spirale aus Kürzungen, sinkender Wirtschaftsleistung, steigenden Haushaltsdefiziten und weiteren Kürzungen antreiben. Der ESM sorgt dafür, dass Banken Vermögende bei diesem Prozess schadlos bleiben. Eine echte Stabilitätspolitik ist möglich. Nötig ist hierzu ein sofortiger Stopp der Kürzungspolitik. Die Finanzierung der öffentlichen Haushalte muss von der Finanzmafia befreit werden. Die EZB muss die Staaten in einem festgelegten Rahmen direkt mit Krediten versorgen. Die Staatsschulden sind durch einen harten Schuldenschnitt und eine europaweite Vermögensabgabe für Milliardäre drastisch zu senken. Private Großbanken müssen vergesellschaftet und die gesamte Finanzbranche streng reguliert werden. Deutschland muss zudem geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Binnennachfrage ergreifen.“

Ulrich Maurer (MdB) über SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück

Steinbrück steht für die Schrödersche Politik von Agenda 2010, Hartz IV und Rentenkürzung. Wo soll bei ihm denn der Politikwechsel herkommen? Der Mann hat einen ausgeprägten Erwerbstrieb und ein völlig übersteigertes Geltungsbedürfnis. Er hat als Finanzminister mit seinen Bankenrettungsaktionen Deutschland in eine extreme Staatsverschuldung getrieben. Die Zeche muss jetzt von der steuerzahlenden Bevölkerung und den Armen bezahlt werden, denen der Brotkorb immer noch höher gehängt wird. Dass er jetzt einen auf Bankenbändiger macht, ist völlig unglaubwürdig. Wer sich wie Steinbrück von der Finanzwelt großzügigste Honorare zahlen lässt, darunter auch von solchen, denen er vorher üppig Staatsgeld zugeschaufelt hat, ist für jede politische Wendung gut und offenbart große moralische Defizite. Wer mit Steinbrück als Piloten fliegt, weiß niemals wo er landen wird.

Strompreise dürfen nicht weiter steigen

Michael Schlecht (MdB) fordert steuerfinanzierte Energiewende.

„Wieso hält der Ministerpräsident das Steigen der Energiepreise für unvermeidbar, wenn er mit der EnBW einen großen Energiekonzern öffentlich kontrolliert“, fragt Michael Schlecht, Bundestagsabgeordneter der Partei DIE LINKE. Schlecht weiter: „Winfried Kretschmann setzt nun auf Energieberater der Caritas. Das ist noch nicht verkehrt, verhindert jedoch nicht, dass gerade sozial schwache Bürgerinnen und Bürger immer mehr belastet werden. Kretschmann sollte die Kosten der Energiewende bei der EnBW mit staatlichen Zuschüssen finanzieren. Die notwendigen Steuereinnahmen könnte er mit einer Millionärsteuer sichern, die allein in Baden-Württemberg mehr als zehn Milliarden Euro einbringt. Außerdem ist es ein Skandal, dass viele Unternehmen bei den Strompreisen subventioniert werden.“

Wiedereinführung Strompreisaufsicht gefordert – Energiewende als industriepolitisches Projekt

MdB Richard Pitterle fordert sozialverträgliche Energiewende.

Anlässlich der Medienberichte, wonach die Energiepreise um 37 Prozent gestiegen sind, sagt heute der Sindelfinger Bundestagsabgeordnete der Linken und Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages, Richard Pitterle:

„Es ist nicht mehr hinzunehmen, dass nun auch noch die Beschäftigten, Erwerbslose und Rentner die Energiewende bezahlen sollen. Konzerne lassen sich von der Energiesteuer freistellen, die Kleinen sollen dafür blechen. Das ist niemandem mehr zu erklären und kann nur noch mit Kopfschütteln quittiert werden.“ Pitterle verweist darauf, dass die Stromkonzerne sich an den Ökostromparks und an den Trassen „dumm und dämlich“ verdienen. Andererseits würden gerade junge Familien mit Kindern besonders hart getroffen werden. „Bei ihnen läuft dauernd die Waschmaschine.“ Geringverdiener könnten sich nur schlecht isolierte und damit billige Wohnung leisten. „Die Frage muss erlaubt sein: was sollen die denn machen? Frieren? So wird die Energiewende zu einer Umverteilungsmaschine nach oben.“

Pitterle fordert die Wiedereinführung der staatlichen Strompreisaufsicht, so wie es sie noch bis 2007 gab, und die Energiewende als industriepolitisches Projekt zu behandeln. „Steuerfinanziert wäre dies eine gerechtere und vernünftige Lösung“, so Pitterle abschließend.

„Vermögenssteuer jetzt“

Stadtrat Hasso Ehinger fordert Heilbronn soll der Initiative beitreten

Die Initiative „Umfairteilen“, ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaftern u.a. hat jetzt eine Reichensteuer gefordert. Schon am 25. Mai trat die Stadt Marburg der Bewegung „Vermögenssteuer jetzt!“ bei. „Ein Gemeinwesen hat dafür Sorge zu tragen, dass durch die eigenen Mittel alle relevanten Aufgaben erledigt werden können“, so die Stadt. Durch die Steuersenkungen von rot/grün bis schwarz/gelb fehlen den öffentlichen Haushalten jährlich 50 Milliarden Euro. So wächst der private Reichtum während die öffentliche Armut zunimmt. Mit dem Fiskalpakt wird in Zukunft die Situation noch verschärft. Kommunen und Länder können die steigenden Aufgaben für Infrastruktur, Soziales, Bildung und Kultur nicht mehr finanzieren, wenn sie ihre Einnahmen nicht durch zusätzliche Steuern entscheidend verbessern. Die Heilbronner Stimme schrieb, „Heilbronner Millionäre seien die reichsten im ganzen Land“. Die Zahl der Einkommensmillionäre stieg in Heilbronn von 2004 bis 2007 von 32 auf 44 und deren pro Kopf-Einkommen von jährlich 9,9 Millionen Euro auf 16,8 Millionen Euro. Die 44 Einkommensmillionäre hatten 2007 mit 741 Millionen Euro deutlich höhere Einnahmen als die Stadt Heilbronn mit 464 Millionen Euro (2012). Angesichts solcher Zahlen sollte auch der Heilbronner Gemeinderat der Bewegung „Vermögenssteuer jetzt!“ beitreten. Es ist an der Zeit, dass die Profiteure von Steuergeschenken wieder einen größeren Beitrag für das Gemeinwesen leisten.



LINKE unterstützt DGB-Kritik an Landesregierung

„Die LINKE begrüßt die Ankündigung des baden-württembergischen DGB-Vorsitzenden Nikolaus Landgraf, Proteste gegen die Kürzung der Einkommen von Beamten durch die Landesregierung zu organisieren“, so Michael Schlecht, baden-württembergischer Abgeordneter der Fraktion Die LINKE.

Schlecht weiter: „Erst wurden Lehrerstellen gestrichen, jetzt sind die Einkommen der Landesbeamten dran. Wenn Grüne und SPD nicht auf Widerstand stoßen, werden auch andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst zur Kasse gebeten.“

Deshalb müssen die Gewerkschaften jetzt einen Strich ziehen, um Kretschmann und Schmid aufzuhalten. DIE LINKE wird dies unterstützen.“

Plan B

Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau – Denkanstoß und Einladung zur Debatte

Ökologische Modernisierung des Kapitalismus oder Änderung von Machtverhältnissen und gesellschaftliche Umverteilung? Wie viel Planung braucht der sozial-ökologische Umbau? Haben wir vielleicht zu viele Ressourcen statt zu wenige? Wohnen-Arbeit-Freizeit an einem Ort – geht das und wollen wir das? Welche Importe und Exporte von Agrarrohstoffen soll es noch geben? Wie kann eine demokratische Gegenmacht aufgebaut werden?

Das vorliegende Papier zeigt notwendige Schritte für einen sozial-ökologischen Umbau auf, enthält aber auch zahlreiche offene oder strittige Fragen. Der ROTE FADEN beschreibt Leitlinien unserer Umbauperspektive. Im ROTEN PROJEKT KONKRET haben wir für vier Leitprojekte, für Energie, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft eine Vision 2050 und die Umbauschritte auf dem Weg dorthin skizziert.

„PLAN B“ ist ein Diskussionsangebot.

Unsere Vorschläge möchten wir mit Ihnen und Euch diskutieren: Bundesweit in Veranstaltungen, auf unserer Konferenz am 26. und 27. Oktober 2012 in Berlin sowie online unter www.plan-b-mitmachen.de.

Oberschwaben: Die Linke fordert Erhalt der bedarfsgerechten Patientenversorgung

Die Situation der Kreiskrankenhäuser in Ravensburg, Biberach und Sigmaringen war zentrales Thema beim Oberschwaben-Treffen der Partei DIE LINKE im Juli in Aulendorf. Rund zwanzig Interessierte diskutierten mit dem Linke-Bundestagsabgeordneten und Gesundheitsexperten Harald Weinberg über die aktuelle Situation der Kreiskrankenhäuser und der geplanten Privatisierung in Biberach, die der Riedlinger Kreisrat Ulrich Widmann kritisch darlegte. Eine Privatisierung bedeute immer eine Verschlechterung der Patientenversorgung und der Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte, so Weinberg. Der finanzielle Notstand einiger Krankenhäuser, wie z.B. der Oberschwabenklinik GmbH im Kreis Ravensburg, ist die Folge der Gesundheitsreform mit der Einführung der Fallpauschalen, des finanziellen Investitionsstaus von Bund und Land und der Ausrichtung der Krankenhäuser auf profitorientiertes Wirtschaften. „Die Gesundheitsversorgung ist ein hohes Gut

und nicht dazu da, die Taschen der Aktionäre zu füllen“, kritisierte Weinberg. Er forderte mehr Geld von der neuen grün-roten Landesregierung für die Krankenhäuser im Land, so wie im Wahlkampf noch versprochen.

Auch der Ravensburger Linke-Kreisrat Dr. Till Bastian kritisierte die Ökonomisierung des Gesundheitssystems: „Gesundheit muss nicht Profit abwerfen genauso wenig wie wir das von der Stadtbeleuchtung, Müllabfuhr und Feuerwehr erwarten.“ Einig waren sich die Teilnehmer des Oberschwaben-Treffens, an dem sich auch die baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Heike Hänsel beteiligten, dass sich Die Linke weiterhin für die Stärkung des ländlichen Raumes und den Erhalt der bedarfsgerechten Patientenversorgung einsetzen wird. Weite Fahrten, um das nächste Krankenhaus zu erreichen, darf es nicht geben.

Michael Konieczny, Kreisvorsitzender Ravensburg

Notfallpatienten in Gefahr – Notärzte-Streik in Südbaden

Dramatische Situation: Sie erleiden einen Herzinfarkt – und der Notarzt kommt nicht oder zu spät. Damit müssen unsere MitbürgerInnen im Südschwarzwald (Hotzenwald) oder in anderen dünner besiedelten Landesteilen Baden-Württembergs zunehmend häufiger rechnen. Sie sind aber weniger durch die aktuelle Weigerung südbadischer Notärzte bedroht, weiter Notdienst zu leisten, als durch die unzureichende Organisation des Dienstes durch die Kassenärztliche Vereinigung und die Landesregierung. Die notwendigen Schritte sind viel zu lange aufgeschoben worden, Verantwortung dafür muss jetzt auch die grün-roten Landesregierung tragen.

Während in Großstädten Notarzt oder Notärztin in wenigen Minuten zum

Notfallpatienten eilen, dauert es im Hotzenwald für manche Herzinfarkt- oder Schlaganfallpatienten lebensbedrohlich lange. Die rettenden Notärzte kommen in der Regel aus einer größeren Klinik und sind in Reanimation und Notfallhilfe besonders gut ausgebildete Fachärzte, meist Anästhesisten. Im Hotzenwald haben bisher Hausärzte diese Aufgabe notgedrungen übernommen. Oft leisteten einzelne Ärzte dabei eine ganze Woche lang und 24 Stunden am Tag Notdienst – und dies für ein kärgliches Honorar – ein unhaltbarer Zustand.

In den dünn besiedelten Gebieten Baden-Württembergs gibt es heute immer weniger Kliniken als notwendige Basis der Notarzteinätze. Lothar Schuchmann, Freiburger Gesundheitsexperte der Südwest-LINKEN, fordert von der Landesregierung daher an geeigneten Orten „Regiopraxen“ einzurichten als Basis sowohl für den normalen ärztlichen Notdienst an Wochenenden und Feiertagen als auch für die NotärztInnen, die an den übrigen Tagen in der Kreisklinik arbeiten. Im Südschwarzwald würden sich beispielsweise Bonndorf, Höchenschwand und Todtmoos dazu eignen. Bei geeigneten Witterungsbedingungen kann ein Hubschraubereinsatz dieses Rettungssystem ergänzen.

Die Landesregierung wird dringlich aufgefordert als verantwortliche Aufsichtsbehörde rasch eine Strukturreform in Gang zu bringen.

Lothar Schuchmann, DIE LINKE, Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheit und Soziales, Stadtrat in Freiburg

Freiburg: Aktion der Linken Liste gegen Fahrpreiserhöhungen

Unter dem Titel „Mobilität bezahlbar für alle: Fahrpreiserhöhung ist unsozial!“ hat die Linke Liste – Solidarische Stadt am 1. August 2012 gegen die an diesem Tag in Kraft getretenen Tarifierhöhungen im Nahverkehr protestiert. LisSt-Stadtrat Hendrikk Guzzoni betont: „Seit Jahren stimmt die Linke Liste als Teil der Unabhängigen Listen (als einzige Fraktion im Freiburger Gemeinderat) gegen die jährlichen Fahrpreiserhöhungen – leider erfolglos.“

Für die Linke Liste – Solidarische Stadt stellt Mobilität eine wesentliche Bedingung für die Teilhabe am sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehen in der Stadt dar. „Mobilität bezahlbar für alle!“ zu machen, ist daher unter sozialen wie demokratischen Gesichtspunkten eine fundamentale Aufgabe für die Kommunen, eine Aufgabe, der die VAG und die Freiburger Gemeinderatsmehrheit derzeit nicht gerecht werden.

„Die gestiegenen Fahrgastzahlen sprechen sicher auch für die grundsätzlich guten Leistungen der VAG“, so Christian Finck vom LisSt-Arbeitsausschuss. „Aber der Mehrheit der GemeinderätInnen scheint nicht klar zu sein, welche Einschränkungen und Opfer heute immer mehr Menschen, etwa mit geringen Einkommen, für elementare Dinge, wie z.B. ihre Fahrkarten in Kauf nehmen, weil sie diese schlicht benötigen. Die Frage ist doch: Kann uns der soziale Ausschluss von Menschen durch für sie zunehmend unbezahlbare Tarife oder Mieten kalt lassen, oder muss nicht die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen?“

Am 1. August verteilte die Linke Liste daher von halb acht bis halb zehn am Bertoldsbrunnen Handzettel im Postkartenformat, auf die ein 10-Cent-Stück geklebt war. Auf der Karte heißt es: „Heute ‚erstatte‘ wir Ihnen symbolisch die 10 Cent Erhöhung für den Einzelfahrschein – dauerhaft werden die Tarife der VAG nur stabil bleiben, wenn Sie politisch dafür sorgen.“

Stadtrat Guzzoni: „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass die Preisgestaltung öffentlicher Dienstleistungen kein ‚Sachzwang‘, sondern eine politische Angelegenheit ist und fordern deshalb u.a. die Debatte und Abstimmung über die VAG-Tarife in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates.“



Schülertickets sind zu teuer

Bisher mussten Haupt-, Werkreal- und Sonderschüler 14,80 € für ihr Monatsticket ausgeben. Ab September sollen Schüler, die zukünftig eine Gemeinschaftsschule besuchen, wie die Berufsschüler, Realschüler und Gymnasiasten 33,70 € für ihre Busfahrkarte bezahlen.



Der Antrag der Linken, den Gemeinschaftsschülern den gleichen Zuschuss zu gewähren wie zuvor als Werkrealschüler, wurde leider mit nur einer Stimme mehr abgelehnt. SPD, Grüne und FDP unterstützten den

Antrag gegen die Stimmen von CDU und FWV. Dieser Vorschlag kostet nur 20 000 Euro im Jahr zusätzlich und würde mehr Schüler im Kreis an Busse und Bahnen binden. Das Geld im öffentlichen Nahverkehr wäre nachhaltig angelegt. Im Gegensatz dazu gibt es für die Studenten in Tübingen ein Semesterticket für den öffentlichen Nahverkehr. Das Semesterticket kostet fürs gesamte Naldogebiet 170 Euro im Jahr. Im Vergleich kostet eine Schülerfahrkarte für im Jahr mit Ermäßigung 1362 Euro. Eine Ungerechtigkeit, die abgeschafft werden sollte. Schülerbeförderungskosten in solcher Höhe sind praktisch ein verkapptes Schulgeld. Das betrifft besonders Fami-

lien mit schulpflichtigen Kindern, mit geringem Einkommen und Familien im ländlichen Raum.

Um eine Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu erreichen, ist die Einführung einer Vermögenssteuer ein wichtiger Baustein zur Lösung dieser Probleme. Die Stadt Marburg ist ein gutes Beispiel dafür. Als erste Kommune ist sie dem parteiübergreifenden Bündnis „Vermögenssteuer jetzt“ beigetreten. Sie setzt sich damit entsprechend gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer ein. Der Antrag der Marburger Linken wurde im Mai 2012 mit Stimmen von SPD und Grünen angenommen. Angesichts der allgegenwärtigen kommunalen Finanznot ist die Forderung nach einer stärkeren Besteuerung der großen Vermögen ein wichtiges Signal. Denn privater Reichtum und öffentliche Armut bedingen einander. Mittlerweile wird die Initiative von anderen Kommunen aufgegriffen. Der Landkreis Gießen schloss sich im Juni an. Mit Heiner Geißler über Andrea Nahles bis Sven Giegold wird mit der Initiative „Vermögenssteuer jetzt“ parteiübergreifend ein Signal gesendet und dadurch der Zusammenhang zwischen der angespannten Lage der Kommunalfinanzen einerseits und der fehlenden Besteuerung großer Vermögen andererseits verdeutlicht.

Angela Hauser, Kreisrätin der Tübinger Linken am 4. September im „Schwäbischen Tagblatt“

Forum linke Kommunalpolitik: Sozialticket ist machbar!

Das Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V., in dem kommunale Mandatsträger verschiedener linker Wahllisten organisiert sind, luden zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema Sozialticket zur AWO-Ost nach Stuttgart.

In zahlreichen Städten im Land gibt es Bemühungen, ein Sozialticket einzuführen. Neben vielen guten Argumenten gibt es aber bei den Akteuren offene Fragen, etwa zur Finanzierung eines solchen Tickets.

Um diese Wissenslücken zu schließen, lud das Kommunalforum als Referenten Michael Weisenstein aus Köln zu Veranstaltungen in Stuttgart und Heilbronn ein. Er ist Fachmann in Sachen Sozialticket. In Köln existiert seit 2007 ein solches Ticket. Der Kölner ist selbst Schatzmeister eines Kommunalpolitischen Forums in NRW und Mitglied der LINKEN. Mehr Informationen zum Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. gibt es auf www.kompofo.de

Erfolgsmodell Sozialticket für Heilbronn

Das Heilbronner Sozialforum, in dem neben dem DGB und Verdi auch die Wohlfahrtsorganisationen Caritas, AWO und die Aufbaugilde sowie die beiden Parteien DIE LINKE und Grüne organisiert sind, fordert für Stadt- und Landkreis die Einführung eines Sozialtickets. Es gab bereits mehrere Aktionen in und um Heilbronn, Gespräche mit dem HNV (Heilbronner Hohenloher Haller Nahverkehr) und eine Pressekonferenz zu diesem Thema.

Um die Argumente weiter zu schärfen und die Auswirkungen einer Einführung auf die kommunalen Kassen zu erfahren, wurde ein Mitglied des Aufsichtsrats der Kölner Verkehrsbetriebe eingeladen, Michael Weisenstein. Die Kölner Erfahrungen reichen auch in die dort umliegenden Landkreise, was ein Vergleich mit der Situation im Stadt- und Landkreis Heilbronn zulässt.

Weisenstein erklärte den Anwesenden, darunter Gemeinde- und Kreisräte

von SPD, DIE LINKE und Grünen, dass das Kölner Sozialticket die Stadt überhaupt nichts mehr kostet. Innerhalb der Verkehrsbetriebe wird das Ticket mittlerweile als Erfolg verbucht. Dieser Denkanstoß half auch den anwesenden, zum Teil kritischen Mandatsträgern und wird nun im Heilbronner Gemeinderat und Kreistag entsprechend diskutiert.

Bereits bei der Haushaltsplanung 2012 im Heilbronner Kreistag wurde ein Antrag von Johannes Müllerschön (DIE LINKE) mit 13 Ja-Stimmen unterstützt. Eine weitere Steigerung der Zustimmung findet momentan statt.

Eine Anfrage Müllerschöns zum Sozialticket vom April ist noch unbeantwortet, was der Kreisrat als Indiz wertet, dass sich der Landrat ernsthafte Gedanken zum Ticket macht. Die Kölner Erfolgsgeschichte könnte also auch im Stadt- und Landkreis Heilbronn stattfinden, vielleicht sogar im ganzen Verkehrsverbund, was die Region Heilbronn-Franken miteinschließen würde.

Heilbronn: Gebäudereinigung wird rekommunalisiert

Am 12.7.2012 beschloss der Gemeinderat bei nur zwei Enthaltungen die Rekommunalisierung der Gebäudereinigung. Über 100 Frauen werden damit einen sicheren Arbeitsplatz mit besserer Bezahlung erhalten. Als Gemeinderat der



LINKEN habe ich mich immer dafür eingesetzt und bin stolz darauf, dass wir den Privatisierungswahn an einer Stelle überwunden haben und damit einen guten Beitrag gegen prekäre Arbeitsverhältnisse geleistet haben.

Am 6.5.2003 hatte der Gemeinderat die Privatisierung der Gebäudereinigung beschlossen. Seither wurde jede bei der Stadt ausscheidende städtische Reinigungskraft durch eine schlecht bezahlte Leasingkraft ersetzt. Die neoliberalen Befürworter dieses Beschlusses hatten erwartet, dass aufgrund der Privatisierung im Reinigungsbereich 10% der Kosten eingespart würden. Diese Kostensenkung wurde nie erreicht – zwar verdienten die Frauen bei Leasingfirmen deutlich weniger als die städtischen Beschäftigten, dafür sahten die Leasingfirmen kräftig ab. Bald wurde die Milchmädchenrechnung der Kostensenkung angezweifelt. Zudem musste zunehmend festgestellt werden, dass die Qualität der Reinigung nachließ, der Leistungsdruck

auf die Leasingkräfte forderte seinen Tribut.

Ich hatte dann mit einer Anfrage darauf hingewiesen, dass bei Leasingkräften aufgrund der schlechten Bezahlung Zusatzkosten für die Stadt anfallen wie z.B. Wohngeld. Das wurde durch Untersuchungen der Stadtverwaltung bestätigt. Doch es erforderte noch viele Anfragen und erneute Diskussionen im Gemeinderat bis ein Gutachten in Auftrag gegeben wurde, mit dem ein echter Kostenvergleich zwischen den Gesamtkosten von Leasingfirmen und Kosten bei kommunaler Erledigung der Putzarbeiten untersucht wurde. Am 2.5.2012 erhielten wir einen umfangreichen Untersuchungsbericht, der bestätigte, dass ein rekommunalisierter Reinigungsbetrieb langfristig kostengünstiger ist. Trotzdem wollte die Verwaltung aus dem Bericht keine Konsequenzen ziehen. Als aber über verschiedene Anträge deutlich wurde, dass sich eine knappe Mehrheit für eine Rekommunalisierung

finden wird, war die Verwaltung gesprächsbereit.

Der Gesamtpersonalrat und Verdi bauten Brücken. Nach jedem Auslaufen eines Leasingvertrages sollten die Leasingkräfte sukzessive durch neu eingestellte kommunale Reinigungskräfte übernommen werden. Ein Wermutstropfen ist die Bezahlung. Es wurde akzeptiert, dass neue Reinigungskräfte mit der Entgeltgruppe 1 eingestellt werden. Damit verdienen sie zwar mehr als die Leasingkräfte, aber weniger als die bereits Beschäftigten, die nach Entgeltgruppe 2 eingestuft sind. Die Verwaltung machte dann eine neue Vorlage, so dass dann mit großer Mehrheit ein Beschluss gefasst werden konnte, der zu mehr sozialer Sicherheit beiträgt.

Ich hoffe, dass viele bisherige Leasingkräfte eine Anstellung bei der Stadt Heilbronn erhalten und auch für andere Bereiche die Rekommunalisierung geprüft wird.

Stadtrat Hasso Ehinger

SPD-grüne Bildungspolitik in Bretten: „Ateliers statt Klassenzimmer“?

Wie sehr die „Schuldenbremse“ jetzt schon wirkt, belegte Kultusministerin Gabriele Warminski-Leutheußer (SPD) am 11. Juli bei einer Veranstaltung in Bretten (Landkreis Karlsruhe). Gekommen war sie, um die Bildungspolitik der baden-württembergischen Landesregierung von Grünen und SPD zu erläutern, am Ende stand ein argumentatives Fiasco. Schon kurz nach Beginn der Diskussion, die auf den einleitenden Vortrag der Ministerin folgte, meldete sich ein Genosse des Brettener Ortsverbandes der LINKEN zu Wort und stellte drei einfache Fragen:

1. Ist es richtig, dass die Landesregierung 11 000 Lehrerstellen in Baden-Württemberg kürzen will? 2. Wie steht die Ministerin zu der Aussage der GEW, dass eigentlich jetzt schon 5 000 Lehrerstellen im Land zu besetzen sind, um einen regulären Schulbetrieb aufrecht erhalten zu können? 3. Stimmt es, dass darüber spekuliert wird, dass im Brettener Raum mit Verweis auf rückläufige Schülerzahlen in absehbarer Zeit drei Werkrealschulen geschlossen werden sollen? Treffsicher erwiderte die Minis-

terin zunächst, dass Fragen dieser Art wohl nur von einem Vertreter der Linken kommen könnten. Danach stimmte sie in fast zu erwartende Klagen über von der CDU/FDP-Landesregierung übernommene „Altlasten“ ein, um dann zum Kern der Sache zu kommen und die Katze aus dem Sack zu lassen. Zwar würden die Steuerquellen kräftig sprudeln, doch – oh je – die bevorstehende „Schuldenbremse“ schaffe nun einmal auch im Bildungsbereich Sach- und Sparzwänge, um die man nicht herumkomme. Der weitere Verlauf des Abends zeigte, dass auch in der Kleinstadt Bretten der Unmut über eine grün-rosa Bildungspolitik wächst, die immer stärker auf dem Rücken von Schülern, Lehrern und Eltern ausgetragen wird. Eine Berufsschullehrerin merkte an, dass bereits jetzt an ihrer Schule zahlreiche Fächer unterbesetzt seien, obwohl viele Lehrer in Überstunden fast erstickten. Der Leiter einer örtlichen Realschule wies auf einen Brief von zwanzig Realschulrektoren an die Ministerin hin, in dem darüber geklagt wurde, dass der Pflichtstundenbereich nur noch teilweise aufrecht erhalten werden könne.

Vor diesem Hintergrund half dann auch der Hinweis von Frau Warminski-Leutheußer nicht mehr, dass man ja letztlich die Einführung von Gemeinschaftsschulen anstreben würde, in der die Klassenzimmer (offenbar als Höhepunkt der Reform) nicht mehr „Klassenzimmer“, sondern „Ateliers“ heißen sollen. An Trostpflasterchen dieser Art war das Publikum nur mäßig interessiert.

Peter Bahn, OV Bretten

Klasse Kitas für unsere Kinder!

In Böblingen, Kornwestheim, Tübingen und anderen Orten wendet sich die Linke mit Informationen und Besuchen direkt an Erzieherinnen und Eltern.

Tübingen: Aktionsprogramm nötig!

Mit einem Brief stellte die Tübinger Stadträtin Gerlinde Strasdeit die Kita-Aktion der LINKEN den Erzieherinnen und Elternbeiräten aller Tübinger Kita-Einrichtungen vor. Darin schreibt sie:

Das Kinderland Baden-Württemberg liegt im Bundesgebiet West nur im Mittelfeld bei der Kinderbetreuung. Um die gesetzliche Verpflichtung des Kita-Ausbaus bis zum Juli 2013 zu erfüllen, fehlen in Baden-Württemberg rund 26.000 Betreuungsplätze und über 6.000 Erzieher und Erzieherinnen.

Die Arbeitsbelastungen für Erzieherinnen sind in den Gruppen oft nicht akzeptabel. Die Rahmenbedingungen in den Kitas müssen endlich verbessert werden. Denn die Leidtragenden sind alle: Kinder, Eltern und die Beschäftigten. Dazu kommt, dass in Tübingen aus „Spargründen“ auch noch die Verfügungszeiten der Erzieherinnen gekürzt wurden.

Die Linke fordert zusammen mit den Gewerkschaften Ver.di und GEW sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund von der Landesregierung ein Aktionsprogramm für den sofortigen Ausbau der Kitas im Land. Die Landesregierung ist zur Finanzierung verpflichtet. Wir brauchen Prioritäten für unsere Kinder, statt die Eltern mit schlecht bezahlten Tageseltern und einem völlig unzureichenden „Pakt für Familien mit Kindern“ zu vertrösten. Unsere wichtigsten Forderungen sind:

- 500 Mio. Euro für den fristgerechten Ausbau der Kitas, um den Rechtsanspruch der Eltern zu erfüllen und Klagen gegen die Kommunen abzuwenden.
- Verbesserung des Personalschlüssels in den Kitas
- Erhöhung des Entgelts für Tageseltern.
- Mehr Ausbildungsplätze für ErzieherInnen, um mittelfristig den Personalnotstand zu beseitigen.
- Schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit.

Dazu haben wir Ihnen Aktionspostkarten (mit frankiertem Rückbrief) und einen Infoflyer beigelegt. Wir möchten diese unterschriebenen Postkarten Ende des Jahres Herrn Ministerpräsident Kretschmann überreichen.

Gebührenfreie Kitas: IHK sozialer als die SPD

Bernhard Strasdeit, Kreisrat der Tübinger Linken, im Schwäbischen Tagblatt vom 29.9.: Gott sei Dank gibt es in Tübingen noch die Industrie und Handels-



kammer (IHK). Denn die örtliche Wirtschaft agiert sozialer als die SPD. Deren Bundestagskandidat Rosemann wollte im Casino Wirtschaftsfreundlichkeit demonstrieren und fiel dabei urkomisch auf die Nase. Christian Erbe von der IHK hielt ihm den Narrenspiegel vor, indem er indirekt auf eine hochgradige Rückständigkeit der SPD hinwies. Erbe wiederholte hartnäckig die Forderung der IHK nach zwei verpflichtenden Kindergartenjahren für alle. Das gehöre zu einer modernen Bildung. Die Landesregierung verhindert das bislang mit allen Mitteln. Die SPD hatte noch im Landtagswahlkampf auf ihren

Plakaten gebührenfreie Kitas versprochen, Teile der Grünen auch. Aber schon bei den Koalitionsgesprächen packten sie ihre Forderung schnell wieder ein. Gebührenfreie Kitas sind dringend notwendig, damit Kinder früher und länger gemeinsam lernen. Das eröffnet neue Bildungschancen. SPD und Grüne haben im Jahr 2008 dafür dicke Anträge im Landtag eingebracht. Die Drucksachen ruhen nun in den Tiefen des Internets. Wären wir Linken im Landtag, würden wir die dort wieder rausholen. Diesen Betrug an Kindern, Eltern und Erzieherinnen lassen wir Euch nicht durch, liebe Grüne-SPD-Regierungskoalition.

Rottenburg: kein Konzept für den Kita-Ausbau

Die Gemeinderatsfraktion BfH/ Die Linke ist stark verwundert über die Tatsache, dass die Stadt dem Gemeinderat bis jetzt kein schlüssiges Konzept für den Ausbau der notwendigen Krippenplätze für Unterdreijährige vorlegen konnte. Bis Ende Dezember 2013 muss ein Neubau bezugsfertig sein, um die notwendigen Zuschüsse zu erhalten. Empört ist die Fraktion über die abfälligen Äußerungen von OB Neher, ihren Vorschlag für den Bau einer möglichen Krippe im Kreuzerfeld-Süd als „städteplanerischen Irrsinn“ zu bezeichnen und Architektenentwürfe dafür abzulehnen.

Nach dem Bericht in der „Rottenburger Post“ (6.7.2012) sind Erzieherinnen



und Eltern auf die Fraktion zugekommen, weil die Stadt mit viel Geld für die Ansiedlung von Familien mit zahlreichen Kindern im Kreuzerfeld geworben hat, dort aber offensichtlich keine sozialen Einrichtungen schaffen will. Es ist unverantwortlich, dass die Stadt eine pädagogisch sinnvolle Krippe auf dem Hohenberg gegen einen Neubau auf dem Kreuzerfeld ausspielt. Beide sind notwendig, denn die Kitas Dätzweg und St. Remigius sind völlig ausgelastet und haben teilweise Wartelisten. Die jahrelange Verschleppung beim Krippenausbau muss endlich beendet werden, damit Klagen von Eltern abgewendet werden können. Zudem sind beide Krippen finanzierbar aufgrund der höheren Steuereinnahmen von fast einer Million Euro allein im laufenden Jahr und einer Rücklage von acht Million Euro.

BfH/ Die Linke fordert die Stadt auf, öffentlich klarzustellen, wie sie die gesetzlichen Vorgaben für die Versorgung von 33 Prozent Krippenplätze für alle Unterdreijährigen bis zum August 2013 erfüllen will.

Außerdem soll die Stadt ihre Pläne für die Entwicklung der sozialen Einrichtungen im Kreuzerfeld-Süd darlegen.

Um die Sorgen der Bewohner zu beseitigen, schlägt BfH/ Die Linke der Stadt vor, dafür den Runden Tisch im Kreuzerfeld wieder ins Leben zu rufen und diese Fragen gemeinsam zu klären.

Schulessen: „Die Qualität bleibt auf der Strecke“

Aus Anlass der Noroviren-Infektion durch Schul- und Kitaessen äußerte sich Karin Binder, MdB Die Linke, gegenüber der Zeitung Junge Welt:

Wenn nur wenige Lieferanten bundesweit die Schulen und Kitas versorgen, haben Hygienefehler leider dramatische Auswirkungen. Das ist das Ergebnis einer Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand, die sich in erster Linie am Preis ausrichtet. Damit wird eine Discounterstruktur in den Schulkantinen geschaffen. Nur wenige Großcaterer können Bildungseinrichtungen zu Niedrigstpreisen beliefern. Das führt zwangsläufig dazu, dass Qualität und auch die Lebensmittelsicherheit darunter leiden. Für eine hohe Qualität, wie ich sie erwarte, brauche ich zum einen hochwertige Grundstoffe. Zum anderen brauche ich qualifiziertes Personal, das ordentlich bezahlt werden muss. Qualität und soziale Standards bleiben sonst auf der Strecke.

Das ist leider kein spezielles Problem der Schulkantinen. Die Lebensmittelaufsicht in Deutschland ist bei den Bundesländern angesiedelt und arbeitet nach 16 verschiedenen Standards und Systemen. Viele Stellen in der Lebensmittelkontrolle wurden in den letzten 20 Jahren abgebaut. Die Ausstattung der Kontrolleure ist oft veraltet, manchmal fehlen Messgeräte, oder es ist nicht einmal ein Laptop vorhanden. Damit sollen die Prüfer auf einem globalisierten Lebensmittelmarkt gegenüber internationalen Lebensmittelkonzernen bestehen können? Das ist ein Witz und kann in dieser Welt nicht mehr funktionieren.

Wir wollen, dass kein Kind mit knurrendem Magen in der Schule sitzen muss. So kann sich kein Kind konzentrieren und lernen. Eine gesunde Entwicklung ist nur möglich, wenn die Kinder und Jugendlichen altersgerecht, ausgewogen und vernünftig ernährt werden. Und gleichzeitig muss Essen auch Spaß machen und schmecken. Ähnliches gilt auch für das eigene Zubereiten von Essen, für das Kochen. Diese Erfahrung sollten Kinder und Jugendliche in allen Altersgruppen und Schularten machen. Das führt dann auch zu einem gesünderen Ernährungsverhalten bei ihnen im Erwachsenenalter. Deshalb sehen wir den Bund in der Verantwortung, flächendeckend eine gute und ausgewogene Schul- und Kitaverpflegung auf den Weg zu bringen. Kinder dürfen nicht um Zuschüsse für Essen an Bildungseinrichtungen betteln müssen. Deshalb fordere ich eine Finanzierung der Verpflegung durch den Bund.

Luxussanierungen in Mannheim – Machtlos gegen Gentrifizierung?

Im „Kommunal-Info Mannheim“, einem linken Kommunalblatt, findet derzeit eine Diskussion statt, wie gegen die „Gentrifizierung“ des Stadtviertels Neckarstadt Ost vorgegangen werden soll.

Anlass waren Aktivitäten eines Immobilienmaklers, der Mieter aus ihren Wohnungen vertrieb, zum Teil mit hohen Abfindungszahlungen. Unabhängig von dieser direkten Auseinandersetzung legte der Mannheimer Stadtrat der Linken, Thomas Trüper, in der letzten Ausgabe des Kommunal-Infos die Möglichkeiten einer politischen Intervention dar.

Seit Jahren sind in der Neckarstadt-Ost zwischen Max-Josef-Straße und – wie jetzt aktuell – Uhlandstraße Investoren unterwegs, die ganze Wohnhäuser (vier- bis fünfgeschossig) aufkaufen und sehr „gehoben“ sanieren. Das führt in aller Regel zur Verdrängung der oft alt eingesessenen MieterInnen, die sich nach der Wertsteigerung die massiv erhöhten Mieten nicht mehr leisten können. Das Mietrecht schützt sie vor der Beteiligung an den Sanierungskosten nicht; der Mieter muss jährlich bis zu 11% der angefallenen Modernisierungskosten für seine Wohnung übernehmen. Da es sich um Kernsanierungen handelt, müssten die BewohnerInnen zudem die Mühsal eines Umzugs in eine vorübergehende Ersatzwohnung auf sich nehmen.

So kommt es im Ergebnis zu einer Verdrängung der bisherigen Mieterschaft, die überwiegend durchaus als „normal verdienend“ bezeichnet werden kann. Und es kommt zu einer schleichenden Anhebung des bisher eher erträglichen Mietniveaus in diesem Stadtteil, der sich durch ein funktionierendes Kiez-Leben auszeichnet: Gut erreichbare Supermärkte, Läden der verschiedensten Art, Kneipen, gute Versorgung mit Kitas und Schulen, eine Kirchengemeinde mit viel kulturellem Angebot, auch die „Scene“ hat ihren Platz. Die Straßen haben ausgesprochenes Flair. Aber es ist bisher definitiv keine Schicki-Micki-Gegend.

Das könnte sich nun ändern. Ein, zwei Luxussanierer bringen den Stadtteil bestimmt noch nicht zum Kippen, aber die Beispiele könnten Schule machen. Erschwingliche Wohnungen sind schon jetzt Mangelware. Bei Neuvermietung können die Investoren ihre Mietforderung daran ausrichten, was „der Markt“ bereit ist zu zahlen. Und es gibt durchaus Wohlhabende, die weniger das Einfamilienhaus am Stadtrand oder

im Odenwald bevorzugen, sondern eine echte Stadtwohnung, zentral, mit Leben drumrum.

Ein Nebeneffekt der Investorenaktivitäten ist die preistreibende Wirkung durch Beeinflussung des Mietspiegels.

Im Sinne einer sozialen und integrativen Stadtentwicklung sind solche Verdrängungs- und Wohnraumverteuerungsprozesse nicht wünschenswert. Können sie verhindert werden?

Individuelle Möglichkeiten

Betroffene Mieter versuchen je nach ihren persönlichen Verhältnissen und Möglichkeiten, sich rechtlich gegen die Verdrängung zu wehren. So lange der Eigentümer – oft eben ein Investor – sich an die gesetzlichen Bestimmungen z.B. des Mieterschutzes hält, zieht der Mieter den Kürzeren. Er muss nachhaltig mehr zahlen oder weichen. So ist der jüngste



Luxussanierungsfall in der Neckarstadt begleitet von Räumungsklagen. In einem konkreten Fall konnte eine Mieterin, die bisher knapp über 400 Euro zu zahlen hatte und nach Modernisierung über 1.200 Euro zu zahlen gehabt hätte, per Vergleich eine Abfindung von 20 000 Euro erstreiten. Oft wird es im Rahmen einer gütlichen Einigung zu ähnlichen Abfindungen gekommen sein. Die Mieter haben keine rechtliche Chance und nehmen noch mit, was geht.

Politische Bewegung der Betroffenen?

Die eben beschriebene Lage führt zu eher diskreten Vorgehensweisen. „Jeder stirbt für sich allein“, weil er am

Ende juristisch den Kürzeren zieht. Man vergleicht sich und versucht, weitere Risiken, z.B. Verfahrenskosten, zu vermeiden, das Ganze unter Zeit- und Fristendruck. Das Bürgerliche Gesetzbuch wird am Ende individuell durchgesetzt.

Gegen wen auch hätte sich eine solche Bewegung konkret zu richten? Gegen den Investor? Kein Investor ohne Verkäufer der Häuser, die bisherigen Eigentümer. Die Verkäufer sind oft nicht „greifbar“: inzwischen weggezogene Eigentümer, Erben oder Erbgemeinschaften. Das erschwert die effiziente Einflussnahme erheblich. Ein „Investoren-Mobbing“ scheint aufgrund des langen Armes des Bürgerlichen Gesetzbuches auch nicht besonders erfolgversprechend, zumal der Investor in den seltensten Fällen „der Mann von nebenan“ ist.

Etwas anders lag der Fall, als im Herzogenried ein Eigentümer eine leere Ladenfläche an einen Mieter vergeben wollte, der eine Spielhölle mitten im Einkaufszentrum einrichten wollte. Die Baubehörde sah keine Verhinderungsmöglichkeit aufgrund des bestehenden Bebauungsplans. Bürgerschaftlicher Druck verhinderte diese Vermietung – der Eigentümer fand einen verträglicheren Mieter. Hier hatten die StreiterInnen allerdings auch keinerlei wirtschaftliches Risiko zu tragen wie die von Räumungsklagen überzogenen Mieter in der Uhlandstraße.

Ordnungsrechtliche Handlungsmöglichkeiten der Kommune?

Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen unterliegen nur dem „technischen“ Bauordnungsrecht. Werden die technischen Regeln eingehalten, hat der Eigentümer Anspruch auf Gestattung.

Das gilt auch für den Fall der Umwandlung einer Kneipe in Wohnraum. Da beide – Kneipe und Wohnraum – der gleichen Kategorie laut Baunutzungsverordnung (allgemeines Wohngebiet) angehören, besteht auch hier Rechtsanspruch auf die Umwandlung.

Wirtschaftliche und städteplanerische Möglichkeiten der Kommune?

Die Kommune könnte den Wohnungsmarkt im gehobenen Preissegment versuchen in anderen Gegenden zu befriedigen, durch Ausweisung besonderer Wohngebiete.

In Mannheim kämen hierfür beispielsweise einige Konversionsflächen in Frage. Ohnehin hat die Stadt schon fünf Premiumwohngebiete z.B. am Vogelstangensee oder in Nähe des Käfertaler Waldes in Planung. Aber diese Angebot

te werden die finanzstarken Liebhaber innerstädtischer Wohnungen nicht vom Ziel ihrer Begierde abhalten. Außerdem wäre dies ohnehin ein langfristiger Prozess, der hier und heute nicht weiter hilft.

Die Eigentumsfrage

Über die Entwicklung eines überwiegend im privaten Streubesitz bzw. -eigentum befindlichen Quartiers entscheiden viele Private, die unter dem Schutz des Grundgesetzes stehen. Anders wäre die Situation, wenn ganze Häuserzeilen in kommunalem oder genossenschaftlichem Eigentum wären. Dann wäre je nach politischer Struktur eine demokratische Einflussnahme möglich. Man hat

allerdings auch schon Genossenschaften auf Abwegen erlebt.

Genossenschaften und kommunale Baugesellschaften, im Mannheimer Fall die GBG, zeichnen sich freilich dadurch aus, dass sie ihren Häuserbestand jeweils durch Neubauten erweitern. Als strukturstabilisierende Aufkäufer einzelner Privatobjekte zu handeln liegt ihnen offensichtlich fern. Sie hätten bei Entfaltung einer entsprechenden Nachfrage allerdings auch ein zunehmendes Kaufpreisproblem und würden mit eben den gefürchteten Sanierungshaien in Wettbewerb treten müssen. Dennoch: Die Kommunalpolitik muss sich mit Möglichkeiten der Einflussnahme auf das unerwünschte „Marktgeschehen“

mit dem Ergebnis einer schleichenden Gentrifizierung befassen.

Pioniere fördern

Wenn übrigens auf dem Turley-Gelände die „drei Wohnungsinitiativen“ („13 ha Freiheit“, „Solidarisches Wohnen SWK“ und „Umbau e.V.“) mit dem vom Miethäusersyndikat entwickelten Eigentumsmodell dafür sorgen, dass die einmal erworbenen oder gebauten Wohnungen nicht mehr verkäuflich sind (Insolvenz ausgeschlossen), dann hat dieses Modell eine weit über den konkreten Fall auf Turley hinausweisende Bedeutung und die volle Unterstützung durch die Kommunalpolitik verdient.

Thomas Trüper

Utopie hat einen Namen: Geno SF: Schlecker-Frauen gründen eigene Genossenschaft

von Manfred Dietenberger

Im Zuge der Schlecker-Insolvenz verloren über 25.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz – überwiegend Frauen. Bis zum 21. August meldeten sich 22.709 frühere Beschäftigte arbeitslos. 15639 sind es noch immer, davon nehmen 7127 an Qualifikationsmaßnahmen teil. 5170 haben wieder eine Arbeit gefunden. Nun will ein gemeinsamer Solidaritätsfonds der beiden großen Kirchen für ehemalige Schlecker-Beschäftigte in konkreten Notfällen helfen. Zudem rief die Paul-Schobel-Caritas-Stiftung den bundesweiten Solidaritätsfonds „Schlecker-Beschäftigte“ ins Leben, wofür bislang rund 16.000 Euro gespendet wurden. Betroffene sollen aus diesem Fonds eine einmalige Geldleistung in Höhe von bis zu 400 Euro erhalten.

Schlecker ist pleite, die sog. Schleckerfrauen sind arbeitslos. Mutig haben sie im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne mit Warnstreiks, per Arbeitsgericht und Öffentlichkeitsarbeit gegen die demütigende Behandlung am schlecht bezahlten Arbeitsplatz gekämpft.

Das Aus der Drogeriekette brachte inzwischen vielen kleineren Orten schon Riesenprobleme. Rossmann, dm, Müller und Co wollen die entstandene Versorgungslücke vor Ort nicht schließen, die Läden seien zu klein. Wo aber sollen die Bewohner im Ortskern künftig ihre Dinge des täglichen Bedarfs kaufen? Wer schon allein dafür ins Einkaufszentrum fahren muss, der kauft die Brötchen, das Gemüse und die Wurst dort gleich auch noch mit ein. Die Folge: Immer mehr Bäcker, Metzger, Gemüseläden im Ortskern stehen kurz vor dem Ruin.

Deshalb schlagen jetzt sogar Bürgermeister Alarm und suchen händeringend Nachfolger für die Schleckerläden.

Nun zeichnet sich eine überraschende Perspektive ab: Die Schleckerfrauen betreiben die Läden weiter, aus den ehemaligen Schleckerfilialen sollen genossenschaftliche Bürgerläden werden. Konkret: 35 ehemalige Schleckerverkäuferinnen aus der Region Stuttgart wollen eine Genossenschaft gründen und „ihre“ Läden wiederbeleben. Geht das?

Die Genossenschaft verfügt derzeit lediglich über das Geld für Wiederbelebungsmaßnahmen von sechs Filialen. Denn schon im Vorfeld muss viel Geld in die Hand genommen werden. Die Hilfezusagen von der grün-roten Landesregierung Baden-Württemberg sind äußerst mager, sie bestehen aus den regulären Angeboten wie Beratungs-

gutscheine, Existenzgründungsseminare usw.

In manchen Gemeinden geht die Initiative zum Erhalt der Schlecker-Filiale vom Bürgermeister aus. So etwa in Eppelheim (Rhein-Neckar-Kreis): „Ich wäre bereit, die Schlecker-Verkäuferinnen für zwei bis drei Jahre bei der Stadt anzustellen“, sagt Bürgermeister Dieter Mörlein. Er könne sich auch vorstellen, zunächst die Ladenmiete für die ehemalige Schlecker-Filiale im Zentrum von Eppelheim zu übernehmen. 75000 Euro könne er dafür im Jahr aufwenden.

„Ich will, dass die Nahversorgung gewährleistet bleibt“, sagt Mörlein. „Wir brauchen Geschäfte, die für viele zu Fuß zu erreichen sind und die Innenstadt



Hier erläutern Karin Meinerz (Mitte) und Bettina Meeh dem Abgeordneten Richard Pitterle (Linke) ihre Einrichtungspläne für ihr künftiges Geschäft.

beleben“, sagt er. Dabei geht es nicht nur ums Einkaufen. „Die Läden sind auch ein Ort, an dem die Bürger miteinander ins Gespräch kommen.“ Dies gelte besonders für ältere Menschen.

Bei den Genossenschaftsläden mit dem Arbeitstitel Geno SF wird nicht mehr viel an Schlecker erinnern. Die Verkäuferinnen und die Filialen bleiben zwar die gleichen, das Sortiment und auch der Name aber wird individuell verändert. Jeder Dorfladen der Genossenschaft wird solche Produkte anbieten, die vor Ort gebraucht werden. Der Mindestbeitrag zum Eintritt in die Genossenschaft wird wohl zwischen 100 und 200 Euro liegen. Auch Einheimische, die Interesse am Erhalt der Nahversorgung in ihrem Ort haben, können Genossen werden. Die Genossenschaft soll

wie ein Dach über die einzelnen Läden geschaltet werden und Aufgaben wie Buchhaltung oder Einkauf übernehmen. Die Läden sollen als Mini-GmbH an die Genossenschaft angedockt werden. So ist sichergestellt, dass unrentable Filialen wieder saniert werden können, ohne die Existenz der gesamten Genossenschaft zu gefährden. Dass dabei Gewerkschaften, Betriebsräte, Kirchen und sogar Kommunen an einem Strang ziehen ist bemerkenswert.

Linke Abgeordnete unterstützen Schlecker-Genossenschaft

„Wir unterstützen die Schlecker-Frauen bei der Gründung einer Genossenschaft, damit zumindest ein Teil der Läden in eigener Regie fortgeführt und Arbeitsplätze gesichert werden können,“

Laden-Netzwerk für ehemalige Schlecker-Beschäftigte

Im Stuttgarter Gemeinderat stellte die Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke den Antrag solch ein Laden-Netzwerk zu unterstützen:

Mit der Insolvenz des Unternehmens Schlecker verloren tausende Menschen ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen. Die Gründung einer Transfergesellschaft scheiterte und die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt sind im Einzelhandel gegenwärtig äußerst schlecht.

Die Gewerkschaft Verdi unternimmt nun gemeinsam mit den gekündigten ehemaligen Schlecker-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern sowie ausgewiesenen Branchenexperten das Vorhaben, für ehemalige Schlecker-Filialen im Großraum Stuttgart, die noch vor der Schließung gute und stabile Geschäftszahlen ausweisen konnten, eine Fortsetzung in Form kleiner Mini-GmbHs sicherzustellen. Die ehemaligen Schlecker-Beschäftigten werden dabei auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit begleitet und qualifiziert. Eine Dienstleistungsgesellschaft sowie ein ideeller Verein, das „Institut für Nahversorgung“, bilden im Hintergrund das Fundament für die Existenzgründung, z.B. durch zentralen Einkauf und Beratung.

Zahlreiche Bürgermeister und Wirtschaftsförderer aus der Region signalisierten bei einer Informationsveranstaltung am 13.9.12 großes Interesse an diesem Projekt, um vor Ort die Nahversorgung sicherzustellen, Frequenzbringer zu erhalten und den arbeitslosen Frauen und Männern eine wirtschaftliche Existenz zu erhalten. Auch viele Vermieter der ehemaligen Filialen wünschen sich eine Fortsetzung der Geschäftsbeziehung anstatt drohenden Leerstand.

Die größten Hürden auf dem Weg in das Laden-Netzwerk sind:

- die Ausfertigung qualifizierter Standortuntersuchungen,
- die Anschubfinanzierung für die Aus-

stattung der Läden und den Wareneinkauf.

Bereits heute gibt es rund 800 Dorfläden in Deutschland. Sie sichern vor Ort die Versorgung, bieten zahlreiche Dienstleistungen für die Bevölkerung, bilden Zentren für das soziale Miteinander und stärken lokale Wirtschaftsbeziehungen, z.B. durch den Vertrieb regionaler Produkte. Vielfach sind diese Projekte aufgrund ihrer Kreativität und der Förderung des Gemeinsinns mit Preisen versehen worden.

Die Sicherstellung der Nahversorgung in den Stadtbezirken ist der Fraktionsgemeinschaft SÖS und Linke ein wichtiges Anliegen. Insbesondere im Hinblick auf die Herausforderungen des demographischen Wandels und zur Vermeidung langer Wege. Aber auch zur Förderung des sozialen Miteinanders

Linke in der Regionalversammlung fordert ebenfalls Unterstützung

„Die Politik hat den Schlecker-Frauen kein Sicherungsnetz aufgespannt, nun packen Sie ihre Zukunft selbst an“, kommentiert Christoph Ozasek, Sprecher der Gruppe Die Linke in der Regionalversammlung Stuttgart, die Pläne zur Gründung eines Dorfladen-Netzwerks durch ehemalige Schlecker-Beschäftigte im Großraum Stuttgart.

Für zahlreiche Städte und Gemeinden bietet die Initiative der Schlecker-Frauen mit Unterstützung von Verdi und ausgewiesenen Branchenexperten die Chance, durch einen Dorfladen Ortszentren stabil zu halten und für die Bevölkerung die Nahversorgung sicherzustellen.

Ozasek weiter: „Viele kleine Gemeinden in der Region werden durch die Geschäftspraxis der großen Discounter abgehängt, da sie für das großflächige Vollsortimenter-Modell zu wenig Kaufkraft aufbringen. Die Märkte wandern in größere Gemeinden ab und erzeugen so längere Wege und durch die bevor-

so Michael Schlecht, Bundestagsabgeordneter der Linken aus Baden-Württemberg.

Der Bundesvorsitzende Bernd Rie-xinger, die baden-württembergischen Abgeordneten der LINKEN Annette Groth, Heike Hänsel, Richard Pitterle und Michael Schlecht haben 3000 Euro zusammengelegt und sichern so die Fortführung eines Ladens ab.

„Nachdem auch Verdi sich finanziell an der Gründung einer Genossenschaft beteiligt, sollte sich auch das Wirtschaftsministerium dazu durchringen, die Eigeninitiative der Schlecker-Frauen zu unterstützen. Darüber hinaus steht es auch den Abgeordneten der anderen Parteien offen, den Start für viele weitere Filialen abzusichern,“ so Michael Schlecht.

sind kleine inhabergeführte Läden, die vor Ort nicht geführte Sortimente ergänzen, ein wichtiger Baustein für lebendige Stadtbezirke und ein attraktives Wohnumfeld. Wir beantragen deshalb:

1. Die Wirtschaftsförderung der Stadt wird aufgefordert:
 - umgehend Kontakt zu den Initiatoren des Laden-Netzwerks aufzunehmen,
 - im Stadtgebiet geeignete Standorte zu ermitteln und in personeller wie finanzieller Hinsicht Unterstützung bei der Existenzgründung anzubieten,
 - bei der Akquirierung von Fördermitteln zu unterstützen,
 - an der Qualifizierung auf dem Weg in die Selbstständigkeit mitzuwirken.
2. Dem Wirtschaftsausschuss ist über den Fortgang des Projektes und die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung regelmäßig zu berichten.

zugten Ortsrandlagen einen Zwang zur Nutzung des Autos.

Die Umwandlung der ehemaligen Schlecker-Filialen in Dorfläden bietet die Möglichkeit Ortskerne wiederzubeleben, der alternden und mobilitäts-eingeschränkten Bevölkerung Waren, Dienstleistungen und einen Raum für soziales Miteinander zu schaffen. Die Vermarktung regionaler Produkte könnte zudem lokale Wirtschaftsbeziehungen stärken.“

„Die regionale Wirtschaftsförderung soll die Gründung des Dorfladen-Netzwerks nach Kräften unterstützen, deshalb hat Die Linke heute einen Antrag in die Regionalversammlung eingebracht. Von diesem Netzwerk profitieren letztlich alle: Die Schlecker-Frauen, die Gemeinden, die Vermieter und die Bevölkerung. Diese Win-win-Konstellation ist einmalig und eine große Chance“, so Ozasek abschließend.

Solidarität mit Helmut Schmitt (Weinheim)

Helmut Schmitt ist seit über 30 Jahren Betriebsrat beim Weinheimer Bodenbelaghersteller nora systems (früher Freudenberg) und Vorsitzender der Ortsgruppe Weinheim der Gewerkschaft IG BCE. In der Belegschaft ist er anerkannt. So erhielt er bei der Aufsichtsratswahl 2008 und bei der Betriebsratswahl 2010 jeweils die meisten Stimmen. Helmut ist kritisch und für das Unternehmen unbequem. Er engagiert sich eindeutig auf der Seite der Beschäftigten. Dies war auch im Jahr 2007 so, als er beim Widerstand der Belegschaft, gegen den geplanten Firmenverkauf, eine wichtige Rolle einnahm.

Am 2. Juli 2012 wurde Helmut Schmitt fristlos gekündigt! Seit langem versucht die Geschäftsleitung Helmut mit Gerichtsverfahren und Abmahnungen einzuschüchtern und mundtot zu machen. Bisher ohne Erfolg. Alle Verfahren hat er gewonnen. Aber diesmal bekam



sie offene Unterstützung von der Betriebsratsmehrheit. Diese leitete kurz vor der Kündigung ein Ausschlussverfahren aus dem Betriebsrat gegen Helmut ein und stimmte danach der fristlosen Kündigung zu.

Diese Kündigung ist kein Zufall. Sie steht im Zusammenhang mit dem Plan, das Unternehmen erneut zu verkaufen. Die Geschäftsleitung bestreitet dies und begründet die fristlose Kündigung mit einer angeblichen Störung des Betriebsfriedens aufgrund von Äußerungen von Helmut auf einer Betriebsversammlung.

Angriff auf die freie Meinungsäußerung!

Es darf schon gar nicht hingenommen werden, dass Betriebsratsmitglieder wegen Beiträgen auf Betriebsversammlungen gekündigt werden! Dadurch würde nicht nur die Arbeit der Betriebsräte, sondern auch der Gewerkschaften sowie die Meinungsfreiheit im Betrieb weitgehend in Frage gestellt. Rücknahme des Ausschlussverfahrens und der Kündigung!

Termin im Arbeitsgericht Mannheim ist am 15.11. um 8.30 h. Solidaritätsadressen sind zu richten an das Komitee „Solidarität mit Helmut Schmitt!“, IG BCE Weinheim und DGB Weinheim, z.H. Carsten Labudda (stellv. Vorsitzender), Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, info@dgb-weinheim.de.



Solidarität mit den Beschäftigten von Iveco in Weisweil

DIE LINKE und die badische Bundestagsabgeordnete der LINKEN Karin Binder erklären den KollegInnen in Weisweil ihre volle Solidarität. Nächtliche Betriebsräumungen und Aussperrversuche gehören einer vorindustriellen Zeit an und sind als eine verantwortungslose Eskalation von Seiten der Unternehmensführung zu betrachten. Die Firmenleitung von Iveco ist aufgefordert, mit den Beschäftigten fair umzugehen, ihnen ein tragbares und soziales Angebot zu machen, so viele Beschäftigte wie möglich zu integrieren und ihr umfangreiches Fachwissen auch in Zukunft einzusetzen. Beeindruckend ist der Mut der KollegInnen, die mit einer Nachtwache am Werkstor weitere eskalierende Schritte der Unternehmensleitung verhindern. Wir schließen uns der Solidarität aus der Bevölkerung in der Region an.

Vorankündigung (RLS): „Erneuerung durch Streik“

1. bis 3. März 2013 in Stuttgart

Anfang März 2013 veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit Verdi Stuttgart eine bundesweite Konferenz um Erfahrungen mit neuen Streik- und Aktionsformen und der Vergrößerung des Aktivenkreises in sozialen Kämpfen zu diskutieren. Bitte tragt diese Konferenz, an der unter anderem Bernd Riexinger und Sybille Stamm als Rednerinnen und Redner teilnehmen, in eure Terminkalender und leitet sie an Kolleginnen und Kollegen in lokalen Gewerkschaftsgliederungen weiter. <http://www.rosalux.de/streikkonferenz/>

10,4% ein starkes Ergebnis für Hannes Rockenbauch

Als am Wahlabend des 7. Oktobers im großen Stuttgarter Ratssaal die ersten Ergebnisse aus den Stimmbezirken über die Leinwand flackern, herrscht betretenes Schweigen. Doch zügig verfestigen sich in den nächsten Minuten die Trends. Die SPD erleidet mit der parteilosen Bettina Wilhelm eine vernichtende Niederlage (15,1 %). Die Partei ist durch ihre unklare Haltung zu Stuttgart 21 tief gespalten und spätestens seit der Kommunalwahl 2009 (mit 17 % der Stimmen) dauerhaft auf den dritten Platz unter den führenden Kräften in der Landeshauptstadt verbannt. Wilhelm, bisher erste Bürgermeisterin in Schwäbisch-Hall, wurde letztlich zerrieben.

Das liberal-konservative Bündnis aus CDU, FDP und Freien Wählern erlangte mit dem parteilosen Werbemann Sebastian Turner (Scholz&Friends) mit 34,5 % der Wählerstimmen zwar ein deutlich besseres Ergebnis als in der Vorwahl-Prognose, jedoch insgesamt eine verheerende Quittung. Das Lager vereint gerade noch ein Drittel der Stimmen auf sich und fällt damit nochmals deutlich hinter die Kommunalwahl von 2009 zurück (Summe CDU/FDP/FW: 45 %). Der Ballast der Mappus-Ära, innerer Zwist zwischen den Lagern um den CDU-Kreisvorsitzenden Kaufmann und die CDU-Schulbürgermeisterin Eisenmann, und zu guter Letzt der technokra-

tische Politikstil von Amtsinhaber OB Wolfgang Schuster haben das Vertrauen der Wählerschaft über die Jahre erodiert.

Hannes Rockenbauch, parteiloser Kandidat von „Stuttgart Ökologisch Sozial“ (SÖS) und DIE LINKE, Ingenieur und langjähriger Stadtrat, erreichte 10,4 % der Stimmen. Auch er ist, trotz eines profilierten Wahlkampfes mit wenig Ressourcen, dafür aber umso mehr Unterstützung aus einem stadtweiten Sympathisantenetzwerk, in den Sog der Wahlumfragen und der Wahlberichterstattung geraten, die in den letzten zwei Wahlkampfwochen eifrig einen Zweikampf zwischen Turner und Kuhn beschworen. Mit 10,4 % fährt er ein starkes Ergebnis für einen 32-Jährigen aus der Mosaik-Linken ein, gerade in der Herzkammer des schwäbisch-industriellen Komplexes. Er war der einzige Kandidat, der erfolgreich während und vor dem Wahlkampf eigene Themen auf die politische Agenda heben konnte, z.B. die Ausgründung einer kommu-

nalen Stadtparkasse aus dem krisengeschüttelten LBBW-Konzern, einen städtischen Bodenfonds zur Dämpfung der Bodenspekulation, die Neugründung konzernunabhängiger Stadtwerke oder die Nulltarif im Nahverkehr. Auch seine kompromisslose Haltung gegen Stuttgart 21 sorgte für ein klares Alleinstellungsmerkmal im Wahlkampf. Hannes Rockenbauch trat nicht zuletzt mit einem politischen Programm der LINKEN zur Wahl an und profilierte sich mit der Forderung nach einer sozial-ökologischen Transformationspolitik mit graswurzel-demokratischer Praxis. DIE LINKE in Stuttgart ist stolz auf das Wahlergebnis unseres Kandidaten und hofft, dass bei der nahenden Kommunalwahl das Bündnis aus SÖS und DIE LINKE gestärkt aus der Wahl hervorgehen wird.

Der zweite Wahlgang wird nun mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen Sebastian Turner und Fritz Kuhn (36,5 % der Wählerstimmen) entschieden. Da die SPD zugunsten der Grünen die

Kandidatur von Bettina Wilhelm zurückgezogen hat, ist ein Wahlsieg von Fritz Kuhn sehr wahrscheinlich. Die gut situierte Mittel- und Oberschicht wählt zwar weiterhin liberal-konservativ, nun aber nicht selten das Personal mit grüner Lackierung. Ob Fritz Kuhn als Oberbürgermeister ein grün-schwarzes Bündnis schmiedet, wie er es in seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender im Landtag mehrfach anstrebte, oder die Tradition der überparteilichen Stadtregierung fortsetzt, bleibt abzuwarten. Eine Wahlempfehlung für den ehemaligen grünen Bundesvorsitzenden wird es seitens der LINKEN nicht geben. Eine Distanzierung von der Agenda 2010, der Militarisierung der Außen- und Innenpolitik, und der Privatisierungsdoktrin unter der Regierung Schröder-Fischer hat Kuhn nie vollzogen. Kuhn bleibt eine Amtszeit bis zur Pensionierung, dann werden die Karten in Stuttgart neu gemischt.

Christoph Ozasek, Sprecher DIE LINKE. KV Stuttgart

OB-Wahlkampf in Karlsruhe – Niko Fostiropoulos tritt für den Wechsel an

Karlsruhe braucht einen Wechsel. Es reicht aber nicht den Kopf zu wechseln, wir brauchen eine andere Politik. Die letzten zwölf Jahre hat Karlsruhe hunderte von Millionen Euro in Beton investiert um Denkmäler für das Stadtoberhaupt zu schaffen. Den zwölf Jahren Prestigeprojekte müssen zwölf Jahre Bildung Gesundheit, Kultur und mehr Mitbestimmung und Mitentscheidung durch die Bürgerinnen und Bürger folgen.

Kita und Schule

In Karlsruhe soll Bildung für alle Kinder von ein bis sechs Jahren kostenfrei

angeboten werden. Voraussetzung ist, dass Ganztageseinrichtungen schneller als bisher geplant werden und der Bedarf zu 100% gedeckt wird. Der kommunale Anteil von Kitas wird von 20% auf 50% angehoben. Die Entgelte für die Kitas werden abgeschafft, wie es schon in Heilbronn und in Rheinland-Pfalz umgesetzt worden ist. Wer Chancengleichheit will, muss dafür sorgen, dass Kinder aus Elternhäusern mit geringem Einkommen, aus sogenannten „bildungsfernen“ Haushalten oder solchen mit Migrationshintergrund, bis zum Eintritt in die erste Klasse auf das Bildungsniveau der Anderen gebracht werden. Der Ausbau von Ganztageschulen muss beschleunigt werden. Das Mittagessen in Schulen und Kitas wird beitragsfrei.

Bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensgruppen

Wohnen muss in Karlsruhe für alle Einkommen bezahlbar sein und bezahlbar bleiben. Ich werde ein Wohnungsprogramm vorschlagen, mit dem genügend Mietwohnungen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden. In unserer Stadt darf es zu keiner Vertreibung von Bürgerinnen und Bürgern kommen, weil sie ihre Mieten nicht mehr zahlen können. Zum Beispiel werden neue Mietpreisbindungen mit den Vermietern ausgehandelt.

Karlsruher Klinikum – Gesundheitszentrum für die gesamte Region

Das Städtische Klinikum ist die zentrale Gesundheitseinrichtung unserer Stadt.

Neben der baulichen Sanierung werde ich für eine ausreichende Personalausstattung initiativ werden. Damit wird auch die Qualität der medizinischen Leistungen langfristig gesichert. Das Karlsruher Klinikum muss zum Gesundheitszentrum der gesamten Region entwickelt und so ausgestattet werden, dass es die beste Qualität liefert und somit Vorbild für andere Krankenhäuser wird. Im Wettbewerb der Qualität müssen die privaten Krankenhäuser folgen.

Nachhaltige Wirtschaftsförderung

Alle reden vom demografischen Wandel und vom Fachkräftemangel. Hier verschmelzen Wirtschaftsförderung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Wenn es richtig ist, dass sich der Fachkräftemangel in den nächsten zwanzig Jahren zuspitzen wird, dann ist es richtig jetzt die Weichen zu stellen. Denn die Fachkräfte von morgen sind die Kinder von heute. Es ist an der Zeit eine Bildungsoffensive zu starten, die Bildungsarmut nicht mehr zulässt.

Neuorientierung der Stadtentwicklung

In den letzten zwölf Jahren wurde die Innenstadt als Konsummeile mit viel Geld weiter entwickelt. Das hatte zur Folge, dass sich viele Geschäfte in den Stadtteilen nicht mehr halten konnten. Die Stadtteile dürfen aber nicht zu Schlafstätten verkommen, sie müssen lebendig sein. Um das zu erreichen brauchen wir Einkauf, Kultur und Freizeit, dort wo die Menschen leben. Karlsruhe

braucht in der Innenstadt ein großes Zentrum aber auch viele kleine Zentren in den Stadtteilen. Das reduziert auch die vielen Fahrzeuge, den Lärm und die Abgase.

Bürgerentscheide – Erweiterung der Demokratie

Umstrittene Großprojekte werden grundsätzlich durch einen Bürgerentscheid entschieden. So sind wir gewählte Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat gezwungen, die Bevölkerung intensiv zu informieren und sie an den

Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Karlsruhe ist eine reiche Stadt. Karlsruhe braucht eine Pause bei den Prestigeprojekten, dann kann sie meine Vorschläge auch finanzieren.

Der von mir skizzierte Weg für die nächsten Jahre wird von den anderen vier Mitbewerbern nicht geteilt, somit bin ich der einzige Garant zur Durchsetzung dieser Positionen. Die Karlsruherinnen und Karlsruher entscheiden am 2. Dezember 2012 mit ihrer Stimme, ob sie einen Wechsel in der Politik wollen.

Niko Fostiropoulos

Göppingen: Stadtrat Christian Stähle kandidiert zum OB

Letzte Meldung: Christian Stähle erhielt am 14.10. 2,4% der Stimmen. Der Amtsinhaber OB Guido Till erhielt 61,9% und ist damit wiedergewählt. Wahlbeteiligung: 37,3%

Am 14. Oktober werden Sie, liebe BürgerInnen, an die Wahlurnen gerufen, um einen neuen Oberbürgermeister zu wählen. Damit bekommen Sie die Möglichkeit, unmittelbar darauf Einfluss zu nehmen, wer Ihre Stadt in den nächsten acht Jahren politisch lenken wird. Es liegt in Ihrer Hand zu entscheiden, ob Göppingen sich zu einer sozialen und

Sie bestimmen darüber mit, ob die Leistungen der kommunalen Einrichtungen für alle bezahlbar bleiben und ob der notwendige ökologische Umbau unserer Stadt verbunden wird mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit.

Bereits als Stadtrat stehe ich für eben diese Politik der sozialen Gerechtigkeit, der Demokratisierung unserer Gesellschaft, der Nachhaltigkeit und der ehrlichen teamorientierten Konfliktlösung. Hartnäckig, konsequent und links versuche ich diesen Anspruch zu verkörpern. Ich kann und will mehr aus Göppingen machen, weil ich demokratische Mehrheitsverhältnisse, im Gegensatz zu manch anderem Kommunalpolitiker, respektieren kann!

Ich unterbreite Ihnen, liebe GöppingerInnen, mit diesem 17 Punkte-Wahlprogramm ein Angebot zur konkreten Verbesserung der Lebensverhältnisse in unserer Stadt und lade Sie herzlich ein, inhaltlich an einem Zukunftsprogramm für unser Göppingen mitzuwirken.

Die neoliberalen Kräfte und Teile der konservativen Presse versuchen von meinen Positionen und Forderungen abzulenken, indem sie mich als „linkes enfant terrible“, als

Störenfried im angestammten Politikbetrieb der Stadt darstellen. Gehen Sie diesem parteipolitischen „Schubladendenken“, nicht auf den Leim und machen Sie sich ein eigenes Bild von meiner Arbeit. Meine Partei und ich sind für Sie liebe BürgerInnen gerade im Alltag und nicht nur für den Wahltag da! Lassen Sie sich nicht mit unterschiedsloser Politik der neoliberalen „Einheitsköpfe fremd bestimmen“. Entscheiden Sie sich am 14. Oktober mit Ihrer Stimme für den Kurswechsel zu sozialer Verantwortung!

Es grüßt Sie Ihr einziger LINKS-SOZIALER Oberbürgermeisterkandidat.

Christian Stähle



**Stadtrat
CHRISTIAN
STÄHLE**
Dipl. Psychologe und
Dipl. Theologe

**»Mutbürger« wählen am
14. Oktober 2012 einen
LINKEN Oberbürgermeister**

WAHLPROGRAMM

DIE LINKE.
Kreisverband Göppingen

weltoffenen Stadt entwickelt, die für alle hier wohnenden Menschen ein lebens- und liebenswerter Ort ist.

Sie bestimmen darüber mit, ob wir gemeinsam den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärken, die Mitbestimmungsmöglichkeiten ihrer MitbürgerInnen weiterentwickeln und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Zukunft zu nutzen verstehen.

Konstanz: Stadtrat Holger Reile begrüßt neuen OB

Konstanz hat seit 10. September nun auch offiziell einen neuen Oberbürgermeister. Im vollbesetzten Ratssaal legte der am 15. Juli gewählte Uli Burchardt den Amtseid ab. Wofür der neue OB, nach eigenen Aussagen sowohl Mitglied der CDU als auch von Attac, steht, welche Akzente er in der Konstanzer Kommunalpolitik setzen will, blieb – wie im Wahlkampf – auch bei seiner Antrittsrede nebulös. Vertreter aller Gemeinderatsfraktionen erwiesen dem gelernten Förster mit üblichen Reden ihre Referenz. Für die Linke Liste Konstanz stimmte Stadtrat Holger Reile einen etwas anderen Ton an. Wir dokumentieren sein Grußwort.

Sehr geehrter Herr Burchardt, Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende, auch von unserer Seite seien Sie herzlich begrüßt und willkommen heißen als neuer Oberbürgermeister dieser Stadt. Ich möchte Ihnen aber auch in gebotener Kürze umreißen, was mit uns, der Linken Liste Konstanz, geht und was nicht geht.

In Ihrem Wahlkampf war viel die Rede von mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung und vor allem von Nachhaltigkeit. Hehre Begriffe, die aber nur dann zum Tragen kommen, wenn sie mit Inhalt gefüllt und auch zügig umgesetzt werden. Ich will hier auf einige Punkte zu sprechen kommen, die uns wichtig sind.

Sie werden uns mit im Boot haben, Herr Oberbürgermeister, wenn die vorhandenen Pläne für eine Lösung des Konstanzer Verkehrsproblems endlich greifen. Da gab es während des OB-Wahlkampfes nicht nur von Ihrer grünen Gegenkandidatin vernünftige Vorschläge, die auf ihre Verwirklichung warten. Nicht an Ihrer Seite werden Sie uns allerdings haben, wenn in dieser wichtigen Frage weiterhin Flickschusterei betrieben wird und Sie sich auf die Seite diverser Lobbyisten zirkel schlagen, die behaupten, durch ein Park & Ride-Konzept und einer auf die Verhältnisse angepassten City-Maut drohe der Untergang des motorisierten Abendlands. Aber wir gehen davon aus, dass Sie als Mitglied der globalisierungskritischen Organisation Attac ein offenes Ohr haben werden für eine ökologisch sinnvolle und nachhaltige Verkehrspolitik zum Wohle der Stadt Konstanz.

An Ihrer Seite sind wir auch, wenn es darum geht, das Wohnungsproblem zu lösen, unter dem immer mehr Menschen in unserer Stadt leiden. Die Mietpreise explodieren ständig und ein Ende ist nicht abzusehen. Habgier scheint keine Grenzen zu kennen. Es geht nicht nur

Zum 17-Punkte-Wahlprogramm: <http://www.die-linke-goepingen.de/index.php?id=1859>

darum, neue Studentenbuden zu bauen, sondern auch dafür Sorge zu tragen, dass ganz normale Familien mit oder ohne Kinder eine Chance haben, mit bezahlbarem Wohnraum versorgt zu werden. Schon im Februar regten wir von der Linken Liste einen Runden Tisch dazu an. (...) Es besteht dringender Handlungsbedarf.

Während der Wahlkampfwochen kamen – wenn es um Kultur ging – auch Themen zur Sprache, die für uns bestenfalls von nachrangiger Bedeutung sind. Erneut wurden Begehrlichkeiten nach einem Konzert- oder Musikhaus geweckt – auch von Ihrer Seite. Dafür sind wir, vor allem aus finanziellen Überlegungen, nicht zu haben. Anstatt dieses Fass ohne Boden ein weiteres Mal zu öffnen, sollten wir bemüht sein, das zu bewahren, was wir haben und die noch zur Verfügung stehenden Gelder für Bildung, Schulen, Kinder, Projekte wie die soziale Stadt und die notwendige Daseinsfürsorge zu verwenden. Stichwort Krankenhaus: Es muss in kommunaler Hand bleiben, für andere Lösungen sind wir nicht zu haben.

Auf kulturellem Gebiet wünschen wir uns nicht nur den Einsatz für Museen, Stadttheater und Philharmonie, sondern auch eine verstärkte Berücksichtigung wichtiger Initiativen wie Kulturladen, K9, Zebra-Kino und einige andere – denn auch sie bilden das kulturelle Rückgrat unserer Stadt.

Kritisch sehen wir die Vorbereitungen hinsichtlich des Konziljubiläums, das auch Sie, Herr Oberbürgermeister, als Chance für Konstanz bezeichnet haben. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Auch wir sind der Meinung, dass man an das Konstanzer Konzil erinnern sollte. Aber, bitte mit Augenmaß, vor allem in finanzieller Hinsicht. Grünes Licht wird es von unserer Seite für wichtige Veranstaltungen geben, nicht aber für Wolkenschiebereien und Wunschkonzerte mit ungewissem Ausgang.

Mindestens fünf Millionen Euro soll die Stadt für das Jubiläum beitragen – bis heute aber fehlt ein nachvollziehbarer Finanzplan, der uns bereits für das erste Halbjahr 2012 versprochen wurde. In diesem Zusammenhang fällt auch auf, dass viele anstehende Projekte mit dem

Konziljubiläum verbunden werden – frei nach dem Motto: Jetzt zeigen wir den Besuchern aus aller Welt mal, wie schön wir für sie unsere Stadt herausputzen können – auch wenn wir bislang nicht wissen, wer das alles bezahlen soll. Das kann aber nicht unsere vorrangige Aufgabe sein.

Unsere Aufgabe ist vielmehr, zuallererst mittel- und langfristig für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu planen und nicht nur für ein Jubiläum von begrenzter Dauer.

Ein Letztes noch: In den vergangenen Jahren hat dieses Gremium unter Ihrem Vorgänger immer eindeutig Stellung gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und braune Umtriebe bezogen. Wir gehen davon aus, dass diese Tradition auch während Ihrer Amtszeit fortgesetzt wird.

Bei diesen wenigen Anmerkungen will ich es belassen.

Nach Ihrer Wahl, Herr Oberbürgermeister, wünschten Ihnen viele eine glückliche Hand. Wir schließen uns da gerne an, obwohl eine, aber das wissen Sie, sicher nicht reichen wird.

OB Palmer, Herzog Ulrich und der Tübinger Vertrag

Grüne Citymaut heißt: Freie Fahrt für reiche Bürger. Über die Strompreise zahlen alle jährlich 6,2 Milliarden rote und grüne Stromsteuer und 15,8 Milliarden für Solar- und Grünstrom. Die Kleinen zahlen für die Subventionsgewinnler. Weil SPD, CDU und Linke vor dem grünen Zeitgeist kapituliert haben, bleiben ihre Wähler immer mehr den Wahlen fern und die Grünen werden immer frecher. Verarmung und Steuererhöhungen, kombiniert mit Prasserei, wie unter Herzog Ulrich vor 500 Jahren.

Dessen „Tübinger Vertrag“, ein „Staatsstreich“ (Engels), ein Dokument des Verrats der Städte an den Bauern, eine Schande für Tübingen (die Stadt bekam für die Hilfe der Niederschlagung des „Armen Konrad“ die Hirschgeweihe im Wappen als Judaslohn), – diesen Vertrag will der grüne Palmer jetzt feiern. Der Ausstellungs-Guru Tyradellis soll dafür eine Million aus der Stadtkasse bekommen. Eine Summe, die alle Tübinger Kultureinrichtungen dringend brauchen könnten. Über die Folgen des Tübinger Vertrags schreibt Friedrich Engels: „Ulrich überfiel ... das Remstal, dessen Städte und Dörfer geplündert wurden. 1.600 Bauern wurden verhaftet, davon 16 sofort enthauptet...“ Der Remstalrebell Palmer würde sich im Grab herumdrehen, wenn er wüsste, was sein Sohn jetzt treibt. Und dieser sollte bedenken, wie es seinem Vor-

gänger, dem Tübinger Stadtvogt Konrad Breuning ergangen ist. Breuning riet 1514 dem Herzog zum „Tübinger Vertrag“. „Die Vertreter der Landschaften verpflichteten sich, die ungeheuren Staatsschulden in Höhe von fast einer Million Gulden zu begleichen und sicherten außerdem ihre Mithilfe bei der Bekämpfung des „Armen Konrad“, wie die rebellischen Bauern im Remstal genannt wurden, zu.“ (Wikipedia)

Und was war der Dank für die treulosen Verräter? Schon zwei Jahre später wurde Breuning mit anderen Stadtvögten von Herzog Ulrich verhaftet, „hart gefoltert bis sie ein Geständnis ablegten“. Zwei Vögte wurden noch im Dezember 1516 zu Stuttgarter „Richtblock“ geführt. Konrad Breuning wurde noch

ein weiteres Jahr lang gefoltert, ehe er hingerichtet wurde.“

So ging es dem Tübinger Vorbild von Boris Palmer noch schlechter als dem Würzburger Stadtrat, Bürgermeister und Bildhauer Tilmann Riemenschneider. Ihm wurden die Hände zerschlagen, weil er sich mit den Bauern solidarisierte. Am Ende seines Lebens arbeitete Albrecht Dürer an einer „Siegessäule“ – Aber nicht ein strahlender Sieger krönt die Stele, sondern „ein traureter Bauer...“, der mit seinem Schwert durchgestochen sei“. Diese sollte Tübingen aufstellen, am besten neben dem „Geräderten“, dem „Wahrzeichen Tübingens“ an der Stiftskirche.

Anton Brenner, Stadtrat der Linken im Schwäbischen Tagblatt vom 10.10.



Herzog Ulrich und Bauern mit der Bundschuhfahne.

Solidarität mit den Gmünder Flüchtlingen

Der Ortsvorstand der Linken Schwäbisch Gmünd ist entsetzt über die Berichte über den Zustand der Flüchtlingsunterkunft auf dem Hardt und verlangt ein sofortiges Handeln der verantwortlichen Personen. Die jüngsten Berichte und persönlichen Gespräche die Mitglieder des Ortsvorstandes mit Bewohnern auf dem Hardt geführt haben, verursachen Kopfschütteln und Zweifel an den Ankündigungen der Zuständigen. Die Zustände auf dem Hardt sind schon seit langem bekannt, doch leider wird darüber nur sehr bedingt berichtet. „Wir können die Reaktion von einigen Bewohnern sich vor dem Rathaus niederzulassen sehr gut verstehen“, so der Vorsitzende Volker Wamsler. Neben den katastrophalen Bedingungen in der Sammelunterkunft sei den Bewohnern vor allen Dingen das Verfahren gegen den jüngst abgeschobenen Lamin K. aufgestoßen. Trotz laufendem Verfahren und Zeugenaussagen, die die Unschuld des Beschuldigten belegen, wurde er vom Regierungspräsidium Karlsruhe nach Gambia abgeschoben. „Wo leben wir eigentlich, wenn während einem laufenden Verfahren einfach die Abschiebung beschlossen wird? Die Menschen die hier nach Deutschland kommen, sind auf der Suche nach einer menschenwürdigen und nicht nach willkürlicher Behandlung“, so der linke Stadtrat Sebastian Fritz. Außerdem ist der Beschuldigte in einer Organisation im Heimatland engagiert, wo allein im letzten Monat mehrere Menschen umgebracht wurden.

Der Ortsvorstand der Linken verlangt eine umgehende Prüfung unter der Verantwortung von Landrat Klaus Pavel, wie sie die Situation der Flüchtlinge hier in Schwäbisch Gmünd und im Ost-

albkreis verbessern können. „In einigen Kommunen in Baden Württemberg wird die Genehmigung für die Aufnahme von Arbeit schon sehr großzügig erteilt. Warum nicht auch im Ostalbkreis? „Alle Bewohner, mit denen wir gesprochen haben, sahen die Aufnahme von Arbeit als besten Garant für ein positives Selbstwertgefühl – hier müssen wir unbedingt etwas machen“, so der linke Stadtrat Peter Müller. Aber auch die Forderung der Bewohner nach einem unentgeltlichen Sprachkurs halten die Linken für eine sinnvolle Maßnahme. „Die Politik fordert immer von den Einwanderern, dass sie die deutsche Sprache lernen sollen, hier sind Willige und denen wird es nicht ermöglicht.“, so die Vorsitzende Nicole Marter.

Der Ortsvorstand ist ganz bei Herrn Oberbürgermeister Arnold, der im Zusammenhang mit der Staufersaga die Asylbewerber „als Gmünder“ miteinbezogen hat, nun müssen wir alle aber auch diesen Gmündern unsere Solidarität zeigen und schnellstmöglich für eine menschenwürdige Unterbringung sorgen. Die Sammelunterkunft führt zu Depressionen und damit zu erheblichen Schwierigkeiten zwischen den BewohnernInnen. Sie müssen sich den Schlaf- und Lebensraum, die Dusche und Toilette mit mehreren Personen teilen, mit denen sie sich nicht einmal verständigen können. Diese unmenschlichen Zustände bestehen für viele Flüchtlinge seit mehreren Jahren. Sie sorgen aber auch für eine Ausgrenzung der Flüchtlinge von der heimischen Bevölkerung und schürt somit Ressentiments, die nicht das Ziel einer weltoffenen Stadt sein können. Wir fordern daher eine Unterbringung in dezentralen Wohnungen.

Asylrecht in Baden-Württemberg menschlich gestalten

„Die Würde des Menschen muss auch in Baden-Württemberg wieder unantastbar werden“, fordert Marta Aparicio, Mitglied im Landesvorstand der LINKEN, in einer Pressemitteilung.



Aparicio weiter: „Das neue Urteil des Verfassungsgerichts ist ein wichtiges Signal. Das bisherige Prinzip der extremen sozialen Ausgrenzung gegenüber Flüchtlingen wurde als verfassungswidrig eingestuft. Aber in unserem Bundesland lässt die Landesregierung weiter Essenspakete statt Geld an Asylbewerber ausgeben. Für die Landkreise ist das wegen zusätzlichem Verwaltungsaufwand teurer als Geldleistungen. Die ‚Naturalleistungen‘ gibt es nur, um Menschen davon abzuschrecken, ihr verfassungsmäßiges Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen. Außerdem gewähren Grüne und SPD im Land einem Asylbewerber nach wie vor nur 4,5 Quadratmeter Wohnraum, wobei bis zu acht Menschen in einem Zimmer untergebracht werden. Eine Änderung hat die Landesregierung angekündigt, schiebt sie aber seit Monaten auf die lange Bank. Selbst im CSU-regierten Bayern haben Flüchtlinge mit sieben Quadratmetern deutlich mehr Platz.“

Das bisherige Prinzip der extremen sozialen Ausgrenzung gegenüber Flüchtlingen wurde als verfassungswidrig eingestuft. Aber in unserem Bundesland lässt die Landesregierung weiter Essenspakete statt Geld an Asylbewerber ausgeben. Für die Landkreise ist das wegen zusätzlichem Verwaltungsaufwand teurer als Geldleistungen. Die ‚Naturalleistungen‘ gibt es nur, um Menschen davon abzuschrecken, ihr verfassungsmäßiges Grundrecht auf Asyl wahrzunehmen. Außerdem gewähren Grüne und SPD im Land einem Asylbewerber nach wie vor nur 4,5 Quadratmeter Wohnraum, wobei bis zu acht Menschen in einem Zimmer untergebracht werden. Eine Änderung hat die Landesregierung angekündigt, schiebt sie aber seit Monaten auf die lange Bank. Selbst im CSU-regierten Bayern haben Flüchtlinge mit sieben Quadratmetern deutlich mehr Platz.“

Erklärung von Stadtrat Thomas Trüper (DIE LINKE) zum verunglückten Kurdischen Kulturfestival

Frieden in der Türkei! Frieden in Mannheim! Das PKK-Verbot muss fallen!

Die Auseinandersetzung zwischen aufgeführten kurdischen Jugendlichen und der Polizei am Rande des Kurdischen Kulturfestivals haben den Erfolg des Festivals erheblich beschädigt und die öffentliche, vor allem aber die veröffentlichte Meinung in der Region gegen „die Kurden“ abermals sehr negativ beeinflusst. – Wie konnte es zu der von allen Seiten als „unerwartet“ bezeichneten Auseinandersetzung kommen? Das Festival hatte den Charakter eines Familienfestes mit kulturellem und politischem Begleitprogramm. Was unterscheidet eine kurdische Großveranstaltung in Baden-Württemberg, in Mannheim von 19 vorangegangenen Großveranstaltungen

gen der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM e.V.), die alle friedlich verlaufen konnten?

Überschriften wie „Kurden außer Kontrolle“ (MM 10.09.12) verraten in ihrem verallgemeinernden Tenor eine bezeichnende Grundstimmung gerade auch in unserer Region: Kurden sind per se bedrohlich, eine Gefahr, ihre politischen Regungen sind sofort auf Verbotsmöglichkeiten hin zu prüfen, sie werden mit „Krawall“ assoziiert. Dpa stellt ihren Festivalbericht gleich unter dem Stichwort „Kriminalität“ ins Netz. In Mannheim werden sofort die Erinnerungen an 1994 und die folgenden Jahre reaktiviert, ohne jemals auch nur ansatzweise

die politischen Rahmenbedingungen zu beleuchten und einigermaßen objektiv darzustellen, in denen sich der tiefgreifende Konflikt zwischen der kurdischen Minderheit in der Türkischen Republik und der Regierung abspielt, begleitet von erheblichen ethnischen Ressentiments der Mehrheitsbevölkerung – ein Konflikt, der auch intensiv in die Emigration ausstrahlt.

Die Bundesrepublik ist keineswegs nur Beobachterin von Vorgängen „fern in der Türkei“ – sie ist schon längst Partei. Sie hat die Konfliktpartei PKK als terroristisch eingestuft, auf deutschem Boden verboten, verfolgt sie seither strikt. Die strategische Lage der Türkei

und ihre wirtschaftliche Bedeutung spielen bei dieser deutschen Entscheidung eine wesentliche Rolle. Gesichtspunkte der zivilgesellschaftlichen, menschenrechtlichen und demokratischen Entwicklung, die bei anderen Konflikttherden je nach Interessenlage so gerne bemüht werden, spielen im Falle des türkisch-kurdischen Konfliktes keine Rolle. Außerdem lieferte und liefert die Bundesregierung munter Waffen in diese Krisenregion, die dann auch wirklich zum Einsatz kommen.

Die geschilderte Grundstimmung in Verbindung mit der innenpolitischen Umsetzung außenpolitischer Interessen veranlasst die ansonsten eher besonnene Polizeiführung in Mannheim in Abstimmung mit dem Stuttgarter Innenministerium regelmäßig zu gewaltigen Polizeieinsatzplanungen, wann immer „die Kurden“ eine politische Kundgebung planen.



Wo konnte bei vernünftiger Betrachtung im Falle des Kurdischen Kulturfestivals aus polizeilicher Sicht ein Risiko für die Sicherheit der Festivalbesucher oder für die Bevölkerung der Stadt Mannheim bestanden haben? Das Festivalgelände liegt in unbewohntem Gebiet. Eine Gefährdung von AnwohnerInnen durch Akteure vom Festivalgelände aus konnte weder von den lokalen noch den Motivations-Gegebenheiten her ernsthaft angenommen werden. Die Meisterung des hohen Verkehrsaufkommens erforderte Verkehrspolizei, keine Bereitschaftspolizeitruppen. Ein tatsächlich denkbare Risiko wäre ein Aufeinandertreffen von Teilnehmern des Festivals und eventuellen türkisch-nationalistischen Gegendemonstranten gewesen. Eine Abschirmung war gelungen, allerdings nicht durch die Masse des Polizeiaufgebots.

Das einzig übrig bleibende „Risiko“

war die Nichterfüllung der Auflage, dass die 40.000 Besucher keine im Gefolge des PKK-Verbotes verbotenen Symbole mitführen und zeigen dürfen. Diese Auflage ist unter rechtsstaatlichen Bedingungen praktisch nicht durchsetzbar. Sie ist nur durchsetzbar durch Verbot der ganzen Veranstaltung. Dem steht das Grundrecht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit entgegen.

Das Großaufgebot der Polizei, das die Festivalbesucher „willkommen“ hieß, trug mit Sicherheit nicht zu einer entspannten Situation bei. Die meisten aus dem Ausland angereisten Besucher konnten die Szenerie sicherlich überhaupt nicht verstehen, weil in ihren Herkunftsländern das „Symbole-Verbot“ nicht existiert.

Tatsächlich entzündete sich der Eklat genau an der Durchsetzung des Fahnenverbotes – wie auch immer im Einzelnen die Abläufe waren. Der Eklat hätte also

hatten warten müssen. Es kam zu keinerlei weiteren Zwischenfällen.

Der Begriff „Kapitulation“ aus dem Kriegshandwerk ist übrigens ebenso typisch wie der von dem Einsatzleiter laut „Mannheimer Morgen“ angebotene „Abzug von Frauen und Kindern“. Sind denn die kurdischen Männer Kombattanten?

Hier heißt es abrüsten! Auch mental abrüsten.

Eine wichtige Voraussetzung ist die Aufhebung des PKK-Verbotes in der Bundesrepublik. Diese darf sich nicht einfach zur Erfüllungsgehilfin der türkischen Regierung machen.

Die Erfahrung lehrt, dass ethnische Konflikte niemals militärisch gelöst werden können, dass beim Versuch, dies zu tun, beide Seiten furchtbar in Mitleidenschaft gezogen werden und die Demokratie ruiniert wird. Frieden können nur die Feinde miteinander schließen. Das gilt auch für den türkisch-kurdischen Konflikt.

Frieden kann es in der Türkei nur geben, wenn dort die Tatsache endlich anerkannt wird, dass das Land ein Vielvölker-Staat ist, und wenn die Konfliktparteien endlich eine politische Lösung anstreben. Die PKK hatte bereits 1993 solche Verhandlungen angeboten, verbunden mit einem einseitigen Waffenstillstand. Ihre Forderungen reduzierte sie auf die amtliche Anerkennung der kurdischen Sprache, muttersprachlichen Unterrecht und kommunale Selbstverwaltung verbunden mit einem Autonomie-Status für das Kurdengebiet in der Türkei. Nach hoffnungsvollen Ansätzen des Staatspräsidenten Turgut Özal, der die Aufhebung des Ausnahmezustandes in den kurdischen Gebieten in Aussicht stellte, dann jedoch plötzlich verstarb, kam mit Antritt der Regierung von Tansu Çiller die wechselvolle aber nachhaltige Festlegung auf den militärische Lösungsversuch.

Die türkische Gesellschaft ist militarisiert, die Gerichtsbarkeit durch Sondergerichte gekennzeichnet, im Ranking der Pressefreiheit rangiert die Türkische Republik nach Angaben von „Zeit online“ auf Platz 138 von insgesamt 178 Staaten und Regionen (1). Gerade diese Woche am 10. September begann in Istanbul ein „Großprozess gegen 44 Mitarbeiter überwiegend linker und prokurdischer Medien, denen Propagandatätigkeit für die Union Kurdischer Gemeinschaften (KCK) vorgeworfen wird“ (2). Die lang anhaltende Unterdrückung einer kritischen Presse führte im Laufe der Zeit zu einer indoktrinierten öffentlichen Meinungsbildung im Sinne der türkischen Regierung, mit Ausstrahlung auf viele türkische Migrant/innen.

Ich erwähne dies auch bewusst im Hinblick auf die äußerst angespannte Situation zwischen mehrheitstürkischen

eindeutig vermieden werden können. Dazu bedarf es aber einer Strategie, die das Symbole-Verbot aus Opportunitätsgründen als nachrangig gegenüber dem friedlichen Verlauf der Großveranstaltung ansetzt – und dies auch hinsichtlich der optischen Polizeipräsenz. Das eben ist der Unterschied zur Praxis in NRW.

Dann hätte die Polizei auch nicht vordringen und danach „kapitulieren“ müssen, wie Einsatzleiter Schäfer das Szenario beschreibt. Wären die Einsatzkräfte weiter vor dem inzwischen geschlossenen Maimarkt-Tor geblieben, wäre ein Blutbad absehbar gewesen. Als sich die Polizei aus dem Sichtbereich zurückzog, beruhigten sich die jungen kurdischen Männer. Die Tore konnten geöffnet werden und Tausende kurdischer Familien konnten ab dem späteren Nachmittag friedlich das schattenarme Gelände verlassen, worauf sie wegen der entgleisten Auseinandersetzung lange

und kurdischen Migrant/innen in Mannheim. Ein von gegenseitigem Respekt getragener Dialog unter diesen Migranten ist fast nicht möglich. Von deutscher Seite macht man im Dialog gern einen Bogen um „die Kurden“. Das gehörige Gewaltpotenzial vieler türkischer Nationalisten jedoch übersieht man allzu gerne. Die „Grauen Wölfe“ können sich nach wie vor in der Bundesrepublik frei bewegen.

In diesem Zusammenhang sei z.B. erwähnt, dass laut SWR4 vor dem Kurdischen Festival eine per Fußmarsch aus Straßburg kommende Demonstrationsgruppe von über hundert kurdischen Jugendlichen abends in einem Bruchsalter Vereinsheim von 20 in Autos angerückten türkischen Jugendlichen verbal provoziert wurden. Die Polizei musste einschreiten, es soll sieben Verletzte gegeben haben. Es war nicht der einzige Vorfall dieser Art. Am Ende wurde der Fußmarsch zum Kurdischen Kulturfestival in Mannheim-Rheinau von der Polizei aufgelöst, vier Teilnehmer wurden verhaftet. Nach kurdischen Angaben seien zwei von ihnen im Polizeipräsidium misshandelt worden, so dass sie ins Klinikum gebracht werden mussten. Auch dies kein guter Einstieg in das Festival,

Kehl: Weitere Stolpersteine verlegt

Nach der ersten Stolperstein Verlegung im Juli 2011 wurden am 13. September weitere Stolpersteine zum Gedenken an die von den Nazis verfolgten und ermordeten jüdischen BürgerInnen der Stadt Kehl verlegt.

Vorausgegangen war eine Einladung der Stadt Kehl und dem Arbeitskreis 27. Januar an 36 Betroffene und deren Angehörige. Anreisen konnten 23 Gäste.

An fünf Orten in der Stadt wurden insgesamt 22 Stolpersteine verlegt – unter Teilnahme von BürgerInnen der Stadt Kehl und außerhalb. Auch die umfangreichen Medienberichte zu diesem Akt des Gedenkens sind erstaunlich, die Kehler Zeitung bringt eine fünfteilige Serie zur Geschichte der Verfolgten und Vertriebenen, erarbeitet von der Stadt – Archivarin Ute Scherb, die auch das Rahmenprogramm für die Stolperstein Verlegung verantwortlich ist.

Im Gemeindesaal St. Nepomuk bestand die Möglichkeit mit den Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen. Viele der Gäste und Begleiter der Stolperstein Verlegung waren froh, sich etwas auszurufen und eine kleine Stärkung zu sich nehmen zu können. Stadtrat Raymond Hof (DIE LINKE) und Liliane Leible vom Ortsvorstand der Linken nahmen an diesem Zeitzeugengespräch teil.

Herr Rosenthal, der aus Argentinien angereist war, erklärte wie schwierig das Verhältnis mit seiner Enkelin geworden ist, seit das Bindeglied zwischen ihnen,

insbesondere nicht für die Jugendlichen.

Ich begrüße die Erklärung von OB Dr. Peter Kurz, weiterhin auf Basis der „Mannheimer Erklärung“ gerade auch in kritischen Tagen am friedlichen Dialog festzuhalten.

Auch wenn es manchen schwerfällt: Dieser Dialog darf die relevanten Organisationen der kurdischen Migrant/innen nicht übergehen. Wenn der OB ankündigt: „Wir suchen das Gespräch mit unseren lokalen Akteuren in den nächsten Tagen“, ist ein Schritt in die richtige Richtung zu erhoffen. Die „türkische Community“ in Mannheim umfasst 28.000 Menschen. Ein Drittel davon sind kurdischer Abstammung. Dialoge mit der staatlichen DTIB und der Yavuz-Sultan-Selim-Moschee, mit dem Türkischen Unternehmerverband oder dem kemalistischen Spektrum reichen nicht aus.

(1) <http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-12/tuerkei-festnahmen-medien>

(2) <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/presse/pressemitteilungen/meldung-im-detail/artikel/grossprozess-gegenmehr-als-30-journalisten-rog-kritisiert-antiterrorgesetz/>

seine Tochter, vor einem Jahr gestorben ist. „Die Enkel müssen heute darüber nachdenken, ob alles umsonst gewesen sein soll, denn noch heute gibt es zum Bedauern viele Kriege und viel Elend auf der Welt“, so Herr Rosenthal. Die Nazis stellte Herr Rosenthal so dar: sie seien überheblich gewesen und stellten sich über die jüdischen BürgerInnen, doch sie seien nicht besser gewesen, sie seien viel mehr neidisch geworden, „das Wasser konnten sie uns nicht reichen“.

Nach der Befreiung von Faschismus und Krieg sei ein Mantel über die jüngste Geschichte gelegt worden, bemerkte eine Teilnehmerin. Weder in der gesellschaftlichen Diskussion, noch in den Familien sei viel über das Geschehene gesprochen worden. Es liegt an der heutigen Generation, diese grauenvolle Geschichte aufzuarbeiten.

Bereits am 12.9. hatten sich die Initiatoren der Stolperstein Verlegung mit den Gästen zu einem kurzen Gedenken am Mahnmal in der Jahnstrasse getroffen.

Leider waren nur wenige Stadträte anwesend, um die einfühlsamen Worte von Oberbürgermeister Dr. Günther Petry zu hören. Raymond Hof und Liliane Leible waren für die Linke vor Ort und bekundeten ihre Anteilnahme an der Trauer der Hinterbliebenen. Sie verbanden ihre Teilnahme mit der Forderung, dass sich solche Grauen nie wieder wiederholen dürfen. (Linke Ortenau)

Heidelberg: NPD-Demonstration verhindert

Rund 2.000 Menschen haben am Tag der deutschen Einheit einen Aufzug der rechtsextremen NPD verhindert, indem sie die Ausgänge des Heidelberger Hauptbahnhofs besetzten. An der von einem breiten Bündnis organisierten Aktion hatte sich auch die Linke beteiligt. Die Polizei sah aufgrund der Menge von einer Räumung ab.

Der Kreisvorstand der Linken zeigte sich erfreut über diesen Erfolg. Vorstandsmitglied Markus Jakovac: „Wir können stolz auf die engagierten Bürgerinnen und Bürger sein.“ Den Rechts-extremisten dürfe kein Raum für ihre menschenverachtende Propaganda gegeben werden. Die Linke werde sich auch weiterhin an allen friedlichen Aktionen gegen den „braunen Spuk“ beteiligen.

Zugleich äußerte der Kreisvorstand Kritik an der Heidelberger CDU, die sich im Gegensatz zu allen anderen Gemeinderatsparteien und -gruppen sowie zum Oberbürgermeister nicht an den Aktionen am Hauptbahnhof beteiligt hat. Der Widerstand gegen den Faschismus müsse von allen demokratischen Kräften gemeinsam geübt werden. „Dass die CDU in Heidelberg noch immer parteitaktische Spielchen über diese Lehre der Geschichte stellt, finde ich beschämend“, so Vorstandssprecher Carsten Labudda, und erinnerte daran, dass das im Sommer in Wiesloch besser gelaufen sei. Er hoffe, dass die Christdemokraten sich von ihren Parteifreunden in Wiesloch etwas Nachhilfe geben lassen.

Abschließend erneuerte der Vorstand der Linken die Forderung nach einem Verbot der NPD. (Linke Heidelberg)

Gysi begeistert bei Brackeneimer Einheitsfeier

Zum 22sten Mal wurde in Brackenheim die Deutsche Einheit gefeiert, bisher mit Politikern wie Roman Herzog oder Bernhard Vogel. In diesem Jahr gab es mit dem Festredner Gregor Gysi, dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Bundestag, eine richtige Überraschung.

MdB Richard Pitterle, der den Stadt- und Landkreis Heilbronn mit einem



Brackeneimers Bürgermeister Rolf Kieser, Gregor Gysi und Richard Pitterle.

Wahlkreisbüro betreut, begleitete Gysi nach Brackenheim. Die Idee, Gregor Gysi nach Brackenheim einzuladen kam vom linken Kreisrat Johannes Müllerschön. Auf einer Kreistagssitzung erfuhr er, dass der Brackheimer Bürgermeister Rolf Kieser noch einen Redner für seine Einheitsfeier braucht. Kieser griff die Idee mutig auf und lud mit Gregor Gysi einen ehemaligen Gegner der Wiedervereinigung ein.

Das Brackheimer Bürgerzentrum konnte die Massen, die Gysi an diesem Tag sehen wollten kaum fassen und so mussten viele stehen. Zwischen 600 und 1000 Zuhörer waren an diesem Tag gekommen. Der SWR berichtete in der Landesschau ausführlich von der Veranstaltung. Das mehrheitlich konservative Publikum war, entgegen vorherigen Bedenken, sofort von Gysi begeistert,

es herrschte eine geradezu ausgelassene Stimmung. Gysi analysierte die DDR und die Wende, ging auf die Erwartungen und Enttäuschungen der DDR-Bürger ein und brachte die damaligen Ereignisse aus seiner Sicht dar. Seine Rede war gespickt von Anekdoten und persönlichen Erinnerungen. Auf seine Art brachte Gysi dann aber auch politische Forderungen überzeugend an die Menschen. So forderte er als Lehre aus den politischen Fehlern der Wende die Anpassung der Löhne und Renten in Ost und West. In Ostdeutschland wurden unsoziale Maßnahmen, wie Leiharbeit und Minijobs, eingeführt und ausprobiert, bevor sie im Westen etabliert werden konnten. Die hohe Arbeitslosigkeit und ein geringerer gewerkschaftlicher Organisationsgrad machte dies möglich. Um seine Position zur Rolle Deutschlands in

der Eurokrise und den Umgang mit Ländern wie Griechenland deutlich zu machen, dachte Gysi über den Unterschied zwischen der Behandlung Deutschlands nach den beiden Weltkriegen durch die Westalliierten nach, über den Unterschied zwischen dem Versailler Vertrag und dem Marshallplan und ihre jeweiligen Auswirkungen. Und er forderte aus dieser Erkenntnis für Griechenland weniger Versailles und mehr Marshallplan, eine Erkenntnis für die er viel Applaus erhielt.

Zum Schluss erklärte Gysi, dass er als demokratischer und libertärer Sozialist den Kapitalismus nicht für das Ende der Geschichte halte und forderte, dass man über Alternativen für eine soziale und friedliche Gesellschaft nachdenken darf. Und auch dafür erhielt er Applaus vom Brackheimer Publikum.

Petra Pau in Heilbronn: V-Leute abschalten – Verfassungsschutz umwandeln !

Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und Obfrau der Linksfraktion im NSU-Untersuchungsausschuss, referierte in Heilbronn über die Arbeit im Ausschuss und die Versäumnisse der Verfassungsschutzbehörden.

60 Zuhörer kamen in den Heilbronner Deutschhofkeller, um von Pau direkte Informationen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss zu erhalten. Eröffnet wurde der Abend von Richard Pitterle (MdB). Er berichtete von seinen Erfahrungen aus Heilbronn im Umgang mit einem Naziaufmarsch am 1. Mai 2011, damals wurde ein ganzer Stadtteil für die Neonazis zur demokratiefreien Zone gemacht. Viele Menschen, die sich den Neonazis entgegenstellten wurden

an diesem Tag verhaftet. Der Anwalt Pitterle verteidigte im Anschluss einen Demonstranten der Gegendemo vor dem Heilbronner Amtsgericht. Nur kurze Zeit später wurde bekannt, dass auch der Mord an der Polizistin Kiewewetter auf der Heilbronner Theresienwiese auf das Konto von Neonazis ging. Die Taten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) kamen per Zufall ans Licht.

Petra Pau konnte mit ihrem Referat genau an diesem Punkt ansetzen. Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden wurden nicht für eine gezielte Strafverfolgung eingesetzt, sondern es ging im Notfall Quellenschutz für V-Leute vor Mordaufklärung und Präven-

tion. Pau, die bis zum Sommer von dem Gedanken ausging, die Geheimdienste seine auf dem rechten Auge blind, weiß heute: „Nein, blind sind sie nicht.“

Zuerst lobte Pau die Kollegen aller Fraktionen im Untersuchungsausschuss für die gute Zusammenarbeit. Im Gegensatz zur Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzämtern, die vertuschen, verheimlichen und schreddern. Wichtige Informationen wurden bewusst nicht an den Ausschuss weitergegeben. Die Behörden entziehen sich zumindest teilweise der parlamentarischen Kontrolle, hauptsächlich mit dem Hinweis auf Quellen- und Datenschutz.

Dazu kam im Falle der NSU-Morde eine einseitige Ermittlungen, der rassistische Stereotypen in den Ermittlungsbehörden zugrunde lagen. Statt ausländerfeindliche Motive zu prüfen, wurden sogenannten Milieumorden angenommen. Hinweise von V-Leuten auf die Neonazi-Terroristen oder ihr Umfeld wurde nicht nachgegangen.

In Heilbronn war der Fall ein anderer, da kein Migrant, sondern eine Polizistin ermordet wurde, aber auch hier wurde nach rassistischen Stereotypen gehandelt. Gefahndet wurde europaweit und zu lange nach Angehörigen der Sinti und Roma, statt allen Hinweisen, auch im privaten Umfeld des Mordopfers nachzugehen.

Im Anschluss an eine ausführliche Diskussion forderte Pau in einem ersten Schritt das Abschalten der V-Leute, auch im Hinblick auf ein NPD-Verbot. Dann die Abschaffung der Geheimdienstlichkeit der Verfassungsschutzbehörden und endlich die Umwandlung in eine wissenschaftliche Behörde, „denn Geheimdienste sind Fremdkörper in einer Demokratie“.



Petra Pau legt am Gedenkort in Heilbronn für die Neonazi-Opfer Blumen nieder. Mit dabei Kreisrat Johannes Müllerschön, Stadtrat Hasso Ehinger und MdB Richard Pitterle. (Foto: Jürgen Patzelt)

Liebe Vaterländerer, liebe schwarz-rot-gelbe Politiker!

Seit gestern zählt der LINKE-Partei-vorsitzende Bernd Riexinger bei Euch zu den „vaterlandlosen Gesellen.“ Riexinger hat es tatsächlich gewagt im Ausland gegen Merks EU-Politik zu demonstrieren und das auch noch – oh welch Horror – Seite an Seite mit dem Vorsitzenden der zweitgrößten griechischen Partei (SYRIZA) Alexis Tsipras! Ob ihn das alleine zu einem „vaterlandlosen Gesellen“ macht, wage ich zu bezweifeln. Denn nicht Riexinger, sondern ich und viele andere GriechInnen und MigrantInnen sind die vaterlandlosen Gesellen und zwar, weil Eure Politik uns zu solchen gemacht hat.

Ihr regt Euch darüber auf, dass Riexinger nach Athen gereist ist, um dagegen zu demonstrieren, dass deutsche Steuergelder in die falschen Kanäle fließen, dass das griechische Volk durch die Sparmaßnahmen immer mehr leidet, dass deutsche Politiker und Medien täglich gegen die „faulen Griechen“ wettern und somit in Deutschland eine Anti-Griechen-Stimmung erzeugen, und auch dagegen, dass die Banken und Rating-agenturen mehr Macht besitzen, als es für Europa gut ist.

Gleichzeit betont Ihr in anderen Zusammenhängen immer wieder, dass wir in einer globalisierten Welt leben, die miteinander vernetzt ist, und Eure Europa-Politiker haben mittlerweile mehr zu entscheiden als der deutsche Bundestag. Deutschland ist in Europa führend im Export, und ohne Export wäre die deutsche Wirtschaft nicht so stark wie sie jetzt ist. Könnt Ihr mir dann erklären, warum Ihr Euch einerseits so europa- und weltoffen gebt und andererseits das „Vaterland“ betont? Dass die CDU/CSU-Politiker solche Zitate verwenden, bin ich spätestens seit Roland Koch gewohnt, aber jetzt reiht sich auch noch die SPD ein, obwohl sie in ihren Parteitag „Die Internationale“ singt, und empört sich lautstark.

Ich gebe zu, seit gestern bin ich stolz darauf, dank Euch endlich den richtigen Begriff für das gefunden zu haben, wozu mich Eure Politik gemacht hat; nämlich zu einem „vaterlandlosen Gesellen!“ Als Sohn griechischer Einwanderer, die vor 48 Jahren als Gastarbeiter nach Deutschland kamen, wurde ich in einem kleinen baden-württembergischen Krankenhaus geboren, besuchte diverse deutsche Schulen und nachmittags auch griechische und machte eine Ausbildung in einem urschwäbischen Betrieb. Zeitweise musste ich mich sogar anstrengen, nicht schwäbisch, sondern Hochdeutsch zu sprechen. Ich weigerte mich sogar meinen Wehrdienst bei der griechischen

Armee abzuleisten, weil ich mich mehr als Deutscher fühlte und zum kleineren Teil als Grieche. Allerdings wollte ich meine griechische Staatsangehörigkeit nicht ablegen, da mir bis vor kurzem keine gravierenden Nachteile auffielen, abgesehen davon, dass ich nicht die Abgeordneten wählen durfte, die mich und meine Interessen im Land- und Bundestag vertreten. Dennoch wurde ich Mitglied in einer deutschen Partei, um wenigstens in der Basis meine Meinung kund zu tun.

Jetzt kamt aber Ihr, ihr schwarz-rot-gelben Politiker und habt mir durch Eure Politik deutlich gemacht, dass ich kein Vaterland habe, oder vielleicht doch? Ihr bezeichnet die Griechen als faules Volk, als Schmarotzer, Pleitegriechen und noch vieles mehr, und wenn ich

mich hier in Deutschland als Grieche zu erkennen gebe oder jemandem mein griechischer Name auffällt, verdreht man mittlerweile die Augen und denkt an die Berichte, die deutsche Medien dank Euren Interviews an sie zum Besten geben. Früher, als man mit mir über Griechenland sprach, da sprachen wir über Sonne, Strand, Meer, Sirtaki, Ouzo, Gastfreundschaft und traumhaften Urlaub auf den wunderschönen griechischen Inseln und wie herrlich es dort sei. Heute werde ich über die Euro-Krise und die Sparmaßnahmen ausgefragt und am schlimmsten, ob es in Griechenland für Deutsche noch sicher sei. Ich bin, ohne es zu wollen, aus jemandem, der sich als Deutscher mit griechischen Wurzeln gefühlt hat, zu einem Griechenland-Experten und Verteidiger der



Gegen Rüstungsexporte – für Konversion in zivile Produktion

Der landesweite friedenspolitische Ratschlag der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden der LINKEN tagte am Samstag, 22. September 2012 in Karlsruhe mit über 40 Teilnehmer/innen, darunter die Bundestagsabgeordneten Karin Binder (Karlsruhe) und Heike Hänsel (Tübingen) sowie Parteivorstandsmitglied Tobias Pflüger. Auf dem Ratschlag wurde folgende Erklärung einstimmig verabschiedet:

Der friedenspolitische Ratschlag der LINKEN Baden-Württemberg kritisiert die informellen Rüstungsgespräche zwischen der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Francois Hollande im Rahmen des deutsch-französischen Regierungstreffens in Ludwigsburg. Der friedenspolitische Ratschlag der LINKEN Baden-Württemberg setzt sich für ein friedliches, d.h. nichtmilitärisches Europa ein. Notwendig ist dazu ein Neustart der Europäischen Union, die derzeitigen Verträge (Lissabon-Vertrag etc.) sind keine Grundlage für eine friedliche und soziale EU.

DIE LINKE ist für einen sofortigen Stopp von Rüstungsexporten. Rüstung und Rüstungsexporte sind ein tödliches Geschäft.

Wenn es darum geht, Anregungen aus der Politik Charles de Gaulles zu übernehmen, wäre der von ihm – zwar aus völlig anderen Gründen – betriebene Austritt Frankreichs aus den militärischen Strukturen der NATO eine spannende Idee. Diese Position steht im Erfurter Programm der LINKEN.

Griechen geworden. Ich werde auf meine griechischen Wurzeln reduziert und nicht als Bürger Deutschlands, und das habe ich – ich muss es einfach nochmal betonen – Euch zu verdanken, und wenn mir jemand mein Vaterland (sofern ich je eines hatte) genommen hat, dann seit IHR es. Ich fühle mich, so wie viele MigrantInnen, als Mensch zwischen zwei Ländern, und dieses miese Gefühl wird durch Eure Kommentare zu Bernd Riexingers Teilnahme an den Demonstrationen in Griechenland nicht weniger, sondern bestärkt. Bernd Riexinger ist nicht vaterlandlos. Er wurde – im Gegensatz zu mir – in Deutschland als Deutscher deutscher Eltern geboren. Was Riexinger gemacht hat, ist Euch klar zu machen, dass Merkels und Schäubles Politik europaweit verheerende Auswirkungen hat. Den Griechen hat er klargemacht, dass ihr Deutschen eben nicht alle gleich und auch keine Nazis seid, genauso wenig wie es auch kein Mitglied der Bundesregierung oder der Bundestagsabgeordneten oder ihre Parteiführer sind. – Ich hätte mir von

den Grünen und der SPD gewünscht, dass sie auch an den Demonstrationen teilgenommen hätten, denn: wenn ein ehemaliger SPD-Verteidigungsminister behaupten darf, dass „Deutschland im Hindukusch verteidigt wird“ und seine Partei ihn nicht dafür kritisiert, dann darf und muss der Vorsitzende einer Partei, die wie DIE LINKE für europaweite soziale Gerechtigkeit, Frieden und gegen die Übermacht der Banken und Spekulanten ist, an solchen Demonstrationen teilnehmen. Das erwarte ich von ihm als Grieche, Deutscher, Mensch und Europäer, und ich bin als gemachter Vaterlandloser glücklich darüber, dass Riexinger in Athen war und einen Kontrast zu Merkels Besuch setzte.

Hätte ich die Mittel und Zeit dazu, dann würde ich Merkel bei jedem Auslandsbesuch nachreisen und gegen sie protestieren, so wie es sich für einen vaterlandlosen, aber dafür weltoffenen und global denkenden Gesellen wie mich gehört!

*Herzlichst, Ihr
Aristidis Koutsouflianiotis*

Reutlingen: Bundeswehr in der Theodor-Heuss-Schule

Als Flopp erwies sich die Veranstaltung von Bundeswehroffizieren am 27.9.2012 in der Theodor-Heuss-Schule Reutlingen. Gerade mal 5 Schüler wollten sich die Anwerbeversuche der Uniformierten anhören. Engagierte Bürger aus der linken Szene, der Friedensbewegung und des Kulturclubs Zelle protestierten dagegen mit aufklärenden Flugblättern und Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern, bis sie vom stellvertretenden Schulrektor vom Schulgelände verwiesen wurden.

Auf inhaltliche Diskussionen wollte er sich nicht einlassen. Statt dessen drohte er mit der Polizei. Da die Schüler zu diesem Zeitpunkt bereits wieder im Unterricht waren, hatte dies keine Bedeutung. Es kamen auch Lehrer und Lehrerinnen zu den Demonstranten, die den Protest begrüßten und bedauerten, dass die Schulleitung nicht den Mut hat, die Bundeswehr nicht ins Haus zu lassen.

Annette Groth (MdB): Keine Werbekampagnen für die Bundeswehr

„Bundeswehreinmärsche sind kein Abenteuerurlaub“ erklärt Annette Groth, Bundestagsabgeordnete aus Pforzheim und menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu der Werbekampagne von Bundesverteidigungsministerium und Jugendzeitschrift „Bravo“. Annette Groth weiter: „Diese irreführende Werbekampagne ist umgehend einzustellen. Der Soldatenberuf

erfordert das Töten von Menschen und kann oft auch den eigenen Tod und schwere körperliche und seelische Verletzungen bedeuten. Hier sind die in dem Werbespot verwendeten Begriffe wie der „Berg- oder Beachtyp“, der im Team in einem Adventure Camp sich einer Herausforderung stellt, völlig fehlplatziert. Mit keinem Wort werden die eigentlichen Gefahren für die Jugendlichen erwähnt: 52 Tote allein beim Afghanistaneinsatz, 25 Tote im Kosovo, 18 Tote in Bosnien und Herzegowina und weltweit 3 weitere Tote. Stattdessen

wird die Realität des Soldatenberufes verheimlicht und plakativ durch bunte Action und Spaß im Team ersetzt. Mit einem kostenlosen Angebot sollen so die Jugendlichen geködert werden. Der Afghanistan-Krieg hat die Zahl psychischer Erkrankungen in der Bundeswehr auf einen neuen Höchststand getrieben. In den ersten neun Monaten dieses Jahres ließen sich bereits 587 aus dem Einsatz am Hindukusch zurückgekehrte Soldaten wegen posttraumatischer Belastungsstörungen (PTBS) behandeln und damit mehr als im gesamten Jahr 2010 (557). Bundeswehreinmärsche sind kein Urlaub! DIE LINKE fordert daher ein Verbot irreführender und verharmlosender Werbung für Bundeswehr- und Kriegseinsätze in Jugendzeitschriften.“



Radtour der LINKEN Ludwigsburg am Anti-Kriegstag 2012

Der 1. September wird vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) seit 1957 alljährlich als „Anti-Kriegstag“ begangen. Er erinnert an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem Angriff der Wehrmacht auf Polen am 1. September 1939.

Zum diesjährigen Anti-Kriegstag veranstalteten die Ortsverbände Vaihingen und Marbach-Bottwartal der Partei DIE LINKE im Kreisverband Ludwigsburg eine Radtour wider dem Vergessens durch den Landkreis.

Mit dem Rad für den Frieden unterwegs

Die Linke. Unter dem Motto „Nie wieder Krieg“ haben Mitglieder des Linken-Kreisverbandes in die Pedale getreten. Hintergrund der Aktion ist der „Anti-Kriegstag“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes.



Die „Marbacher Zeitung“ berichtete ausführlich mit Bild.

Start in Vaihingen war der KZ-Friedhof. Im Konzentrationslager Vaihingen/Enz wurden zwischen August 1944 und April 1945 etwa 1700 Menschen aus über 20 Nationen durch unmenschliche, erniedrigende und schreckliche Arbeits- und Lebensbedingungen Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes.

Weiter führte die Route zum KZ-Friedhof Unterriexingen. In Unterriexingen bestand von Oktober 1944 bis April 1945 ein Außenkommando des Konzentrationslagers Natzweiler/Elsass als Nebenlager von Vaihingen an der Enz. Ende 1944 waren ca. 500 jüdische Häftlinge zur Zwangsarbeit eingesetzt, dazu kamen Anfang 1945 noch 150 bis 200 polnische Häftlinge und weitere Zwangsarbeiter anderer Herkunft. Aufgrund der katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen starben mindestens 250 Häftlinge, die in einem Massengrab bei der Gedenkstätte beigesetzt sind.

Der nächste Halt war der Russenfriedhof Grobsachsenheim. Auf diesem Friedhof liegen 668 tote Zwangsarbeiter. 647 davon sind Russen. Sie waren gegen Ende des zweiten Weltkrieges im eigentlichen Sterbelager an Seuchen Hunger und Entkräftung gestorben.

Weiter führte die Gedenkfahrt zum ehemaligen Durchgangslager Bietigheim. Dort traf sich die Vaihinger Gruppe mit der Gruppe, die in Kleinbottwar am Gedenkstein für Erwin Kreetz der wegen Fahnenflucht kurz vor Kriegsende zum Tode verurteilt wurde. Erwin Kreetz hatte vom Roten Kreuz erfahren,

dass seine Frau in Berlin gestorben ist und aus Sorge um seine 4 Kinder hat er sich von der Truppe entfernt. Die nächste Station war der russische Friedhof in Pleidelsheim mit 13 Gräbern. Es sind dort zehn Fremdarbeiter, zwei Kriegsgefangene und ein unbekannter Soldat bestattet.

Auf der weiteren Strecke kamen wir auch am Kriegerdenkmal beim Alten Rathaus in Pleidelsheim vorbei. Das Denkmal enthält eine Inschrift, die an den „Heldentod“ der beiden Tauber-Brüder im Krieg 1870/71 gegen Frankreich erinnern soll. Wir waren einhellig der Meinung, dass dies aus heutiger Sicht nicht im Sinne des Anti-Kriegsgedanken sein kann.

Das Durchgangslager Bietigheim war in eine Kranken- und in eine Entlausungsstation aufgeteilt. Täglich wurden bis zu 1000 Gefangene bzw. Zwangsarbeiter durch das Lager geschleust. Das waren bis zum Kriegsende weit über 100.000 Menschen. Von dem Lager ist heute nichts mehr vorhanden. Selbst eine Gedenktafel fehlt. Das ist aus Sicht der Teilnehmer nicht hinnehmbar! Dass an diesem Ort ebenfalls auf das dort begangene Unrecht hingewiesen werden müsse, war beim Abschluss der Radtour die einhellige Meinung der Tourteilnehmer

Gudrun Glemser und Peter Schimke

Antikriegstag in Friedrichshafen: Keine Leos an die Saudis

Das war das Motto der Demonstration am 31. August 2012 vor den Werktores der MTU in Friedrichshafen. Rund 100 Bürgerinnen und Bürger versammelten sich dabei im strömenden Regen, um gegen die gesetzwidrigen und hemmungslosen Exporte deutscher Kriegswaffen zu protestieren.



Die MTU liefert Motoren für Panzer und andere Kriegswaffen, so auch für den Leopard II Panzer. Die Bundesregierung vergibt dafür geheime Export-Genehmigungen für Lieferungen an Diktaturen wie Saudi-Arabien oder Katar, die Menschenrechte verletzen und Panzer gegen das eigene Volk einsetzen.

Statt die hochentwickelten Technologien deutscher Ingenieurskunst für



Heike Hänsel MdB (Bildmitte) traf am 3. Oktober 2012 als Leiterin der Delegation des Unterausschusses Vereinte Nationen des Deutschen Bundestags u.a. mit Generalsekretär Ban Ki-moon und dem Syrien-Beauftragten Lakhdar Brahimi (dritter von rechts) bei den Vereinten Nationen in New York zusammen, um über die weitere Eskalation in Syrien-Türkei und mögliche Wege aus der Gewalt zu sprechen.

Kriegswaffen einzusetzen, sollten die Rüstungsunternehmen dieses Know-how lieber in die Entwicklung und Produktion ziviler Produkte einsetzen.

„Der CDU-Bundestagsabgeordnete des Bodenseekreises Lothar Riebsamen lobt die Rüstungsindustrie auch für die positiven Effekte in der Automobilindustrie und vergisst oder verschweigt dabei, dass dieses auf Kosten von tausenden Menschenleben in der Welt geht“, so der Linke Kreisvorsitzende von Ravensburg, Michael Konieczny.

Heike Hänsel (MdB) im Schwäbischen Tagblatt am 5.10.2012: Keine Militärintervention in Syrien !

Als Vorsitzende des UNO-Unterausschusses des Deutschen Bundestages leite ich gerade eine Delegation, die sich im Rahmen der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York aufhält. Gerade als wir mit UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon und dem neuen Sondergesandten für Syrien, Lakhdar Brahimi, sprechen konnten, traf die Nachricht über türkisch-syrische Angriffe in der Grenzregion ein. Beide sprachen sich für ein sofortiges Ende der Gewalt aus und forderten Syrien und die Türkei auf, Eskalation zu verhindern. Brahimi machte deutlich, dass sein oberstes Ziel sei, die Gewalt zu stoppen und mittlerweile die syrische Regierung zu einem Waffenstillstand bereit wäre, allerdings die bewaffneten aufständischen Gruppen nicht. Aufgrund der katastrophalen humanitären Situation, mehr als 2 Millionen Menschen sind innerhalb des Landes

auf der Flucht und benötigen dringend humanitäre Hilfe, fordert Brahimi die internationale Gemeinschaft auf, mehr Geld für die Hilfe zur Verfügung zu stellen, es fehlen noch 60% der notwendigen Gelder. Er machte deutlich, dass es keine militärische Lösung dieses Konfliktes gibt, sondern nur eine Verhandlungslösung, die alle verschiedenen Ethnien und Religionsgruppen in Syrien einbezieht. Es sei für die UN sehr schwierig in dem Konflikt, Meldungen über Angriffe und Tote der jeweiligen Seite zu überprüfen, da nur wenige verlässliche Quellen noch in Syrien selbst seien und Kriegspropaganda mit falschen Bildern aus anderen Konfliktregionen, z.B. Libyen, betrieben würde. Die massive militärische Intervention der Nato 2010 in Libyen, habe zu einem großen Misstrauen im UN-Sicherheitsrat zwischen China und Russland auf der einen und den USA, Frankreich und Großbritannien auf der anderen Seite geführt, deshalb sei nun eine Verständigung nur schwer möglich. Die finanzielle Unterstützung und Aufrüstung der bewaffneten Rebellen, z.B. durch Saudi-Arabien, Katar und die Türkei sei kontraproduktiv für jede politische Lösung. Lakhdar Brahimi will sich für neue Verhandlungen mit allen Nachbarstaaten Syriens einsetzen, dazu muss auch der Iran einbezogen werden, um zu vertrauensbildenden Maßnahmen in der Region zu kommen. Ich fordere die Bundesregierung auf, sich im Nato-Bündnis klar gegen jede militärische Intervention in Syrien auszusprechen und der politischen Mission des Syrien-Sondergesandten Brahimi eine ernsthafte Chance zu geben.



Sommeruni der Europäischen Linken: People of Europe, unite!

Im Juli 2012 fand im griechischen Portaria die Sommeruniversität der Europäischen Linkspartei statt. Dirk Spöri berichtet. Neben ihm haben aus Baden-Württemberg auch Claudia Haydt und Annette Groth teilgenommen.

Die diesjährige Sommeruniversität der Europäischen Linken fand unter dem Motto „People of Europe Unite!“ statt. Ursprünglich waren 200 Teilnehmer erwartet wurde, angemeldet hatten sich in am Ende über 400. Es ist kein Zufall, dass für dieses Jahr Griechenland ausgewählt worden war.

Die griechische Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren mehr als jedes andere europäische Land von den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise erschüttert. Über 20% Arbeitslosigkeit, unter jungen Menschen bis zu 50%. Eine hohe Zahl an Selbstmorden aus Verzweiflung. Aber auch eine Welle von Widerstand und Klassenkämpfen, die ihren Anfang unter anderem in einer Jugendrevolte 2008 nahm. Im vergangenen Jahr schwappten mit dem Geist von Tahir und Puerta del Sol die Platzbesetzungen nach Griechenland und gaben der Entfremdung von Millionen von Menschen vom politischen System und den beiden großen Parteien neuen Ausdruck. Ein zweitägiger Generalstreik im Oktober mit fast einer Million Teilnehmerinnen und Teilnehmer brachte die Regierung zu Fall.

In den Neuwahlen im Juni 2012 wurde das griechische Linksbündnis SYRIZA mit 27 Prozent zur zweitstärksten Kraft. Die Sozialdemokraten, Jahre lang stärkste Partei, stürzten auf 12 Prozent ab.

Auf der zentralen Veranstaltung der

europäischen Sommeruni sprachen unter anderem Pierre Laurent, Vorsitzender der Europäischen Linkspartei, Alexis Tsipras, Sprecher von Syriza und Aurélie Trouvé von attac Frankreich.

Pierre Laurent nannte die drei wichtigsten Aufgaben für eine europäische Linke:

1. Die Kürzungspolitik und die Angriffe auf die Demokratie bekämpfen,
2. linke Kräfte länderübergreifend viel stärker einen, die Zersplitterung überwinden
3. einen europäischen Alternativgipfel im Frühjahr 2013 in Athen und das Referendum für eine europäische öffentliche Bank bewerben.

Alexis Tsipras bremste jedoch die Euphorie nach den Wahlerfolgen von Syriza „Hegemonie kann man nicht am Wahltag erreichen, Hegemonie nur in den sozialen Kämpfen entstehen“. Dafür waren und sind „neue Bündnisse in der Linken, links und rechts von Syriza, links von der Sozialdemokratie“ nötig.

Tsipras sprach davon, dass wir uns in einem Krieg befänden. Und zwar in ganz Europa, wie die jüngste Entlassungswelle in Frankreich zeigt. Jüngstes Beispiel: noch während die Sommeruni stattfand griff die Polizei nach neun Monaten Arbeitskampf ein Stahlwerk in Griechenland an. Nach neun Monaten ohne Eingreifen erfolgte praktische über Nacht in Absprache von Politik, Justiz, Polizei und Medien die Vorbereitung auf den Angriff. Tsipras kommentiert: „kein Vertrauen auf die bürgerlichen Institutionen“.

Deshalb brauchen wir nicht nur eine Kritik, sondern eine Alternative zum Kapitalismus. Ein „Sozialismus für die

Zukunft, der die Bedürfnisse der Menschen ernst nimmt“.

Tsipras abschließend: „Unser Erfolg wird nur ein Feuerwerk sein, das schnell vorbei ist, wenn die Linke im nächsten Jahr keine Erfolge in anderen Ländern hat. Sonst bleiben wir nur ein kleines, gallisches Dorf.“

Aurélie Trouvé nannte als wichtige Stationen der Zusammenarbeit unter anderem den europäischen Alternativgipfel im Frühjahr 2013 in Athen, bei dem es auch eine europaweite Großdemonstration geben soll, und das Weltsozialforum 2013 im Tunis. Sie endet mit den Worten: „Wir brauchen ein anderes Europa, solidarisch und demokratisch!“

Hinweis: Bei Interesse stehen Claudia Haydt und ich gerne für Veranstaltungen zur Europäischen Linken zur Verfügung!
Dirk Spöri

Internationale Treffen

EU-Alternativgipfel im Frühjahr 2013 in Athen: ein anderes Europa ist möglich! Im Frühjahr oder Frühsommer 2013 werden in Athen ein Europäischer Alternativgipfel und eine europaweite Großdemonstration stattfinden. www.alternsummit.eu

Europäisches Sozialforum: Zehn Jahre nach Florenz: zehn Jahre nach dem ersten Europäischen Sozialforum in Florenz im November 2002 findet von 8. bis 11. November 2012 erneut ein Sozialforum statt, um Bilanz zu ziehen und im Zeichen der Eurokrise über Perspektiven der Zusammenarbeit zu diskutieren. www.firenze1010.eu

Weltsozialforum im März 2013 in Tunesien

IMI-Kongress: Entdemokratisierung und Krieg

Tausche Demokratie gegen (vermeintliche) Effizienz. Unter diesem Motto werden seit Jahren demokratische Kontrollmöglichkeiten der Politik immer weiter eingeschränkt. Dies betrifft besonders die Rüstungs- und Kriegspolitik, über welche die jeweiligen Staats- und Regierungschefs in internationalen Netzwerken und Gremien mehr und mehr im Alleingang entscheiden, während Parlamente und Gerichte (ganz zu schweigen von anderen gesellschaftlichen Organisationen) zunehmend marginalisiert werden. Gerade in Deutschland dient die zunehmende Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts dazu, dass eine öffentliche Debatte über Sinn bzw. Unsinn der hiesigen Rüstungs- und Kriegspolitik erst gar nicht entstehen soll.

Diese Entwicklung findet in einer neuen Form „klandestiner Kriegsfüh-

“ ihre Entsprechung: In einer zunehmenden Zahl unerklärter Kriege gegen diffuse angebliche Bedrohungen, Netzwerke und Gegner greifen die westlichen Staaten verstärkt auf Mittel wie Spezialeinheiten oder Drohnenangriffe zurück. In solchen Kriegen verlagert sich die Einsatzrealität immer weiter ins Geheime und wird dadurch jeglicher Form öffentlicher Kontrolle und Aufmerksamkeit entzogen.

Diese Situation stellt auch den Widerstand gegen eine Militarisierung der Außenpolitik, der internationalen und zwischengesellschaftlichen Beziehungen vor neue Probleme und Herausforderungen: Wo verifizierbare Informationen fehlen, eröffnet sich Raum für Verschwörungstheorien. Rassistische, nationalistische und religiöse Feindbilder gewinnen an Relevanz bei der Auswahl und Bewertung eines nahezu unbegrenzten Informationsangebotes. So spielt das Internet einerseits eine wesentliche Rolle bei der Gewinnung und Verbreitung kritischer Informationen, ist aber zugleich geeignet, wahre Ziele und Interessen zu verschleiern, Lügen und Propaganda verschiedenster Akteure zu streuen und so zur generellen Unsicherheit bei der Bewertung von Ereignissen beizutragen. Demgegenüber genießen zivilgesellschaftliche Organisationen ein hohes Maß an Vertrauen, gerade auch, was ihre professionalisierte Kampagnenarbeit angeht. Diese suggeriert häufig eine große Staatsferne und ist an Protestformen der Außerparlamentarischen Opposition angelehnt. Sie birgt damit das Versprechen, neue Mehrheiten zu repräsentieren und ein Gegengewicht zur Entparlamentarisierung gerade der Außenpolitik zu bilden. Allein: Viele dieser Kampagnen fügen sich problemlos in die Strategie der herrschenden Politik ein und nehmen sogar häufig eine deutlich bellizistischere Haltung (bsp.: Flugverbotszone) als selbst die Regierungen ein.

Vor diesem Hintergrund möchten wir zunächst den Demokratieabbau und die Entparlamentarisierung in der Außenpolitik beschreiben und analysieren, welche Formen der Kriegführung damit einhergehen. Davon ausgehend wollen wir uns mit den neuen Formen der Öffentlichkeit und der Willensbildung auseinandersetzen und die Frage erörtern, in welchem Verhältnis Krieg und Demokratie grundsätzlich und in ihren verschiedenen Ausprägungen stehen.

IMI-Kongress am Samstag 17. und Sonntag 18. November in Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstraße 2

Gemütlicher Auftakt: Freitag, 16.11.2011, Hausbar in der Schellingstrasse 6. Volküche ab 19h30. Videoshow: Bellizistische Kampagnen

KONGRESS

DER INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

17./18. NOVEMBER 2012



Entdemokratisierung
+ Krieg
Kriegerische Demokratie

Tübingen, Schlatterhaus, Österbergst. 2

Programm

Alle Vorträge & Veranstaltungen am Samstag und Sonntag finden im SCHLATTERHAUS, Österbergstraße 2, statt.

SAMSTAG, 17.11.2012

12:00 Begrüßung
12:15 - 14:00 Demokratieabbau & Militarisierung

- Tausche Effizienz gegen Demokratie: Neuer Autoritarismus in Deutschland und Europa (MARTIN HANTKE)
- Sachzwang Krieg: Pooling & Sharing und Smart Defence (JÜRGEN WAGNER)
- Krieg außer Kontrolle: Die Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts (TOBIAS PFLÜGER)

14:30 - 16:00 Kriegspolitik hinter den Kulissen

- Militarismus im Hinterzimmer: Rüstungslobby in der EU und Deutschland (MALTE LÜHMANN)
- Kriegstogiken im Gewand des Multilateralismus (CHRISTOPH MARISCHKA)

16:30 - 18:00 Unerklärte Kriege und automatisierte Gewalt

- Antidrogenkriege: Das Beispiel Mexiko (PETER CLAUSING)
- Unerklärte Kriege im Sahel: Die Bekämpfung von Terror und Migration (WERNER RUF)
- Verselbstständigte Kriege: Drohnen und gezielte Tötungen (WOLFGANG KALECK)

19:30 - 21:00 Klandestine Kriegsführung

- Libyen - Syrien - Iran: Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus (JÜRGEN WAGNER)
- Geheime Dienste - Geheime Kriege (CLAUDIA HAYDT)

SONNTAG, 18.11.2012

9:30 - 11:00 Krieg? Gefällt mir!

- Wer spricht für die Zivilgesellschaft? Die Politik der Kampagne (CHRISTOPH MARISCHKA)
- Von Menschenrechten bis zum Völkermord: Mit Gewalt Gutes tun? (THOMAS MICKAN)

11:15 - 12:45 Netzkultur und die Frage von Krieg und Frieden

- Krieg und Netz: Emanzipatorisches Potential oder Potemkinsches Dorf? (FLORIAN RÖTZER)

13:00 - 14:30 Podium: Krieg und Demokratie

- mit TOBIAS PFLÜGER, FLORIAN RÖTZER und WOLFGANG KALECK

Samstag, 17.11.2012*
Ort: Schlatterhaus, Österbergstr. 2, 72074 Tübingen • 12 Begrüßung • 12.15–14 h Demokratieabbau und Militarisierung • Tausche Effizienz gegen Demokratie: Neuer Autoritarismus in Deutschland und Europa (Martin Hantke) • Sachzwang Krieg: Pooling & Sharing und Smart Defence (Jürgen Wagner) • Krieg außer Kontrolle: Die Aushöhlung des Parlamentsvorbehalts (Tobias Pflüger) • 14.30–16 h Netzwerke des Krieges • Militarismus im Hinterzimmer: Rüstungslobby in der EU und Deutschland (Malte Lühmann) • Kriegstogiken im Gewand des Multilateralismus (Christoph Marischka) • 16.30–18 h Unerklärte Kriege und automatisierte Gewalt • Antidrogenkriege: Das Beispiel Mexiko (Peter Clausing) • Unerklärte Kriege im Sahel: Die Bekämpfung von Terror und Migration (Werner Ruf) • Verselbstständigte Kriege: Drohnen und gezielte Tötungen (Wolfgang Kaleck) • 19.30–21 h Klandestine Kriegsführung • Libyen – Syrien

– Iran: Spezialeinheiten als neue Speerspitzen des Interventionismus (Jürgen Wagner) • Geheime Dienste – Geheime Kriege (Claudia Haydt)

Sonntag, 18.11.2012
9.30–11 h Krieg? Gefällt mir! • Wer spricht für die Zivilgesellschaft? Die Politik der Kampagne (Christoph Marischka) • Von Menschenrechten bis zum Völkermord: Mit Gewalt Gutes tun? (Thomas Mickan) • 11.15–12.45 h Netzkultur und die Frage von Krieg und Frieden • Krieg und Netz: Emanzipatorisches Potential oder Potemkinsches Dorf? (Florian Rötzer, Wolfgang Kaleck).
Der Kongress wird unterstützt von: Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen, DFG-VK Tübingen, Attac Tübingen, Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg.

Infos unter:
www.imi-online.de

Der Kongress wird unterstützt von:
Friedensplenum/Antikriegsbündnis Tübingen
DFG-VK Tübingen, attac Tübingen
Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg

Infos unter:
www.imi-online.de



Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand:

Bernhard Strasdeit, Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, eMail: strasdeit@t-online.de • Heidi Scharf, mobil: 0170/2198360, eMail: scharf.heidi@t-online.de • Sybille Stamm, Tel.: 0711-2573671, mobil: 0170-2138651, eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Thomas Langner, Tel.: 07661/9035231, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Gabi Grosse, 71624 Remshalden, Tel.: 07151/271960, Mail: gaby.grosse@arcor.de, net: http://www.die-linke-esslingen.de/

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Dorothee Diehm, 72270 Baiersbronn, Tel.: 0160-5330030, Haci Dalli, 72250 Freudenstadt, Tel.: 07441-84704, Mail: haci-dalli@web.de

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Geschäftsstelle DIE LINKE. Heidelberg/Rhein-Neckar, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel.: 06221/7293533, Mail: info@dielinke-rhein-neckar.de, Net: www.dielinke-rhein-neckar.de • Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de • Renate Flühr, Scheffelstr. 5, 74889 Sinsheim, Tel: 07261/947015, renaete.fluehr@dielinke-rhein-neckar.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@linke-heidenheim.de.

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131-910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Künzelsau, Tel.: 07940-931750, Mail: Ernst-Kern@gmx.de. www.die-linke.sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de • Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tonda-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141-57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Net: www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Kreisverband Pforzheim/ Enzkreis, Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel.: 07231-4240345, info@die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, 88299 Leutkirch-Reichenhofen, Tel.: 0177-3227094, Mail: m_konie@web.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Jörg Drechsel, Bürgerwaldstr. 28, 71549 Auenwald, Tel.: 07191/903344, mail: joerg@drechsel.info • Reinhard Neudorfer, eMail: reinhard.neudorfer@die-linke-remsmurr.eu, Net: http://dielinke-remsmurr.de/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121- 44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wachter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Karl A.M. Friedrich, 88356 Osttrach, Tel.: 07585/935003, eMail: karlmagnusfriedrich@t-online.de, Net: www.die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, Fax 0711-72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, paul.barrois@web.de, Nicole Stadler, nstadler@dator.de. www.die-linke-waldshut.de,

Zollernalb

Über Landesgeschäftsstelle Stuttgart

Zusammenschlüsse

AG Antifa

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

über Landesgeschäftsstelle

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711-81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170-5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 72070 Tübingen, Tel.: 0162-2352964, eMail: mail@stefandreher.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Straße 14, 69469 Weinheim, Telefon: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg, Tel.: 0761-131516, Fax: 0761-135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Hartz IV

Jan Albers, 69198 Schriesheim, 06203-6007596, jan.albers.maerz.1980@google-mail.com

AG LiU Linke UnternehmerInnen

Volker Bohn, 74336 Brackenheim, Tel.: 0151-14906528, eMail: volker.bohn@dielinke-unterland.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171-9181900, Mail: Stadtrat-Staehle@gmx.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Gotthilf Lorch, Tübingen, 07071/369783, eMail: gotthilf.lorch@amici-tue.de

AG Ökologische Plattform

Wolfgang Kämmerer, Ostfildern, 0170/8006210, eMail: wolfgang-kaemmerer@t-online.de

Kommunistische Plattform

Herbert Eckhoff, Tel. 07331-66520, eMail: herbert.eckhoff@t-online.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: dielinke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestagsabgeordnete

Regionalbüro Ostwürttemberg

Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heike-haensel.de
Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht

T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net

Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de
Bürgerbüro Heidelberg, Bergheimer Str. 147, 69115 Heidelberg, Tel: 06221/7293531, Fax: 06221/7293530, Mail: edgar.wunder@michael-schlecht.net

Wahlkreisbüro Annette Groth

Bleichstr. 3a, 75173 Pforzheim, Tel. (07231) 4240343, Fax: (07231) 4240346, annette.groth@wk.bundestag.de, www.annette-groth.de

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Werderstr. 5, 88046 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6017244, Inge.Jakowlew@dielinke-bodensee.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle

Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Drei LINKE im Regionalparlament Stuttgart

Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org
Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org
Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org
www.dieLinke-rv-stuttgart.de

22 Mandate der LINKEN in 15 Kreistagen

Biberach, Ulrich Widmann, uliwidmann@aol.com, Riedlingen • **Böblingen**, Harry Ladwig, harryladwig@aol.com • **Bodensee**, Roberto Salerno, roberto.salerno@gmx.de, Meckenbeuren • **Esslingen**, Peter Rauscher, p.rauscher@ntz.de, Nürtingen • **Heidenheim**, Horst Mack, elli.nerz@freenet.de, Heidenheim • **Heilbronn**, Johannes Müllerschön, johmuellerschoen@nexgo.de, Offenau • **Ludwigsburg**, Hans-Jürgen Kemmerle, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ludwigsburg; Peter Schimke,

peter.schimke@gmx.de, Vaihingen • **Main-Tauber**, Dr. Hans-Hermann Fahrenkrog, fahrenkrog.glasdoc@t-online.de, Wertheim • **Ortenau**, Reinhard Bross, reinhard-bross@aol.com, Schutterwald • **Ostalb**, Udo Eisenmann, mail@udo-eisenmann.de, Böbingen; Veronika Stossun, stossun@online.de, Aalen • **Ravenburg**, Till Bastian Dr., t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de, Isny • **Rems-Murr**, Dominik Rathgeb, dominikrathgeb@gmx.net, Schorndorf • **Reutlingen**, Petra Braun-Seitz, p.braun-seitz@t-online.de, Reutlingen; Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de, Reutlingen • **Rhein-Neckar**, Edgar Wunder, wunder@naa.net, Sandhausen; Carsten Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de; Joachim Buchholz, joachim.buchholz@dielinke-rhein-neckar.de, Leimen • **Tübingen**, Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de, Tübingen; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de; Bernhard Strasdeit, strasdeit@t-online.de, Tübingen

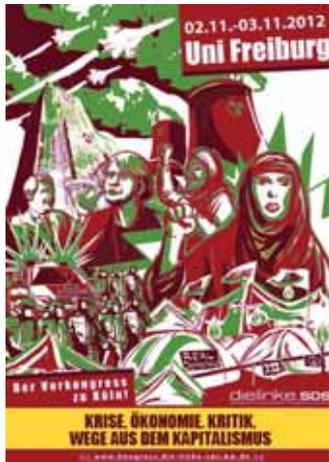
39 Mandate der LINKEN und linker Bündnislisten in 26 Städten

Aalen, Roland Hamm, roland.hamm@gmx.de; Cora Berreth, coraberreth@gmx.de • **Esslingen**, Werner Bolzhauser, kulturamrande@kulturamrande.de • **Freiburg**, Michael Moos, michael.moos@linke-liste-freiburg.de; Hendrikk Guzzoni, hst.guzzoni@web.de; Ulrike Schubert, ulmischubert@gmx.de; Lothar Schuchmann, lothar_schuchmann@gmx.de • **Geislingen**, Holger Schrag, holger.schrag@sch-it.de • **Göppingen**, Christian Staehle, Stadtrat-Staehle@gmx.de • **Heidelberg**, Hildegard Stolz, hilde.stolz@t-online.de; Dr. Arnulf Weiler-Lorentz, arnulf.lorenz@onlinehome.de • **Heidenheim**, Horst Mack, horst.mack@linke-heidenheim.de; Norbert Fandrich, lisa.fandrich@t-online.de • **Heilbronn**, Hasso Ehinger, ehinger.hasso@web.de • **Karlsruhe**, Nikolaos Fostiropoulos, niko@fostiropoulos.de; Sabine Zürn, sabinez@viacanal.de • **Kehl**, Raymond Hof, hof@buerstner.com • **Konstanz**, Vera Hemm, vera.hemm@t-online.de; Holger Reile, h.reile@seemoz.de • **Kornwestheim**, Friedhelm Hoffmann, die-linke-kornwestheim@t-online.de • **Lahr**, Lukas Obwald, lukas.forstarbeiten@gmx.de • **Leimen**, Joachim Buchholz, joachim-buchholz@web.de • **Ludwigsburg**, Werner Hillenbrand, wh-asg@t-online.de • **Mannheim**, Thomas Trüper, thomas.trueper@mannheim.de • **Pforzheim**, Claus Spohn, claus.spohn@online.de • **Reutlingen**, Thomas Ziegler, ziegler.rae@gmx.de • **Rottenburg am Neckar**, Emanuel Peter, emanuelpeter@gmx.de • **Schwäbisch Gmünd**, Peter Müller, peter.mueller.sg@gmx.de; Sebastian Fritz, seba-fritz8@web.de • **Sindelfingen**, Richard Pitterle richard.pitterle@linke-bb.de • **Singen**, Rebecca Tanner, reb.tanner@googlemail.com • **Stuttgart**, Ulrike Küstler, ulrike.kuestler@stuttgart.de; Thomas Adler, tomadler@01019freenet.de • **Tübingen**, Gerlinde Strasdeit, strasdeit@t-online.de; Anton Brenner, brenner.tuebingen@t-online.de; Angela Hauser, angela.hauser@med.uni-tuebingen.de • **Ulm**, Uwe Peiker, uwe.peiker@t-online.de • **Weinheim**, Carsten, Labudda, carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de



„Krise.Ökonomie. Kritik – Wege aus dem Kapitalismus“

Der Kongress von Die Linke.SDS Baden-Württemberg: Am 2. und 3. November 2012 an der Universität Freiburg. Infos: www.die-linke-sds-bw.de/kongress



Unter anderen mit:

- Thodoros Paraskevopoulos (Syriza)
- Nicole Gohlke (Hochschulpolitische Sprecherin der Linksfraktion)
- Lucas Zeise (Ökonom)
- Michael Schlecht (Linke-MdB)

2012: das fünfte Jahr der größten Krise seit den 1920ern. Spätestens mit dem akuten

Ausbrechen der sogenannten Eurokrise treten ihre Folgen im vollen Ausmaße zu Tage.

In Griechenland, Spanien, Italien zwingen Sparpakete die Bevölkerung in die Armut, und auch in Deutschland sind unsoziale Löhne und atypische Beschäftigung längst der Normalfall und die Finanzmärkte treten nach der Bankenkrise wieder mit voller Arroganz auf die Bühne – als ungnädige Gläubiger der verschuldeten Staaten.

Das in den 90ern propagierte Bild des Kapitalismus als „Ende der Geschichte“ hat deutliche Risse bekommen: auf der ganzen Welt schießen Protestbewegungen aus dem Boden, auf öffentlichen Plätzen von Kairo über Madrid und Athen bis nach Frankfurt werden Alternativen zum Kapitalismus diskutiert.

Mit dem Kongress „Krise.Ökonomie.Kritik – Wege aus dem Kapitalismus“ wollen wir dieser Systemkritik begegnen, die Krise analysieren, Alternativen diskutieren und Perspektiven für den Widerstand aufzeigen.

Der geplante Kongress in Baden-Württemberg findet knapp einen Monat vor dem großen „Demokratie



1.11.2012 | Stuttgart

Thodoros Paraskevopoulos (SYRIZA, Athen), Heiner Flassbeck (Director UNCTAD, Genf), Uwe Meinhardt (1. Bevollmächtigter IG Metall Stuttgart) und Michael Schlecht (MdB, DIE LINKE)

Beginn: 11:00 Uhr | Ende: 17:00 Uhr
IG-Metall-Haus | Theodor-Heuss-Str. 2

Anmeldung & Infos unter
www.tagung-eurokrise.de

DIE LINKE.

vs. Kapitalismus“-Kongress in Köln vom 30. November bis 2. Dezember, veranstaltet vom Bundesverband von Die

Linke.SDS, statt (www.kapitalismusvdemokratie.de). In Freiburg soll der Fokus auf der Ökonomie liegen.

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Veranstaltungsprogramm November 2012 bis Februar 2013 (Auswahl)

Hightech-Kapitalismus in der großen Krise

24.10., 19.30 Uhr, Wilhelmspalais, Konrad-Adenauer-Str. 2, Stuttgart

Ausstellung 75 Jahre Guernica

bis 12.11.2012, vhs Unteres Remstal, Bürgermühlenweg 4, Waiblingen
8.11., 20 Uhr; Vortrag: Der spanische Bürgerkrieg in der modernen spanischen Literatur und der aktuellen politischen Diskussion

Prozesse der Befreiung

Marx, Spinoza und die Bedingungen des freien Gemeinwesens
06.11., 19.30 Uhr, Wilhelmspalais, Konrad-Adenauer-Str. 2, Stuttgart

Kaltland. Eine Sammlung

Lesung zu den Programmen in Hyerswerda und Rostock-Lichtenhagen
07.11., 20 Uhr, Infoladen, Schellingstr. 6, Tübingen

Der eindimensionale Student?

Ein Gespräch mit Dietmar Dath über Wissensgesellschaft und wissenschaftlichen Sozialismus
12.11., 19 Uhr, Württembergischer Kunstverein, Glatrakt, Schlossplatz 2, Stuttgart

Grundeinkommen

Bestandteil einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik
14.11., 19 Uhr, KIT (Karlsruher Institut für Technologie), Kaiserstr. 12, Karlsruhe

Strukturprobleme der kommunistischen Bewegung

20.11., 19 Uhr, RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Marx' »Kapital« lesen – mit David Harvey verstehen

23.11., 19.30 Uhr, Wilhelmspalais, Konrad-Adenauer-Str. 2, Stuttgart

Marx' «Kapital» zusammen lesen!

MultiplikatorInnenseminar für OrganisatorInnen und TeamerInnen von «Kapital»-Lektüreguppen
24.11.-25.11., RLS-Regionalbüro, Ludwigstr. 73A, Stuttgart

Gentrifizierung

Städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung
11.12., 19.30 Uhr, Universität Stuttgart, Stuttgart

Die Geschichte der Antifaschistischen Aktion

13.12., 19 Uhr, Soziales Zentrum Caracol, Eisenbahnstr. 4, Bühl

Euroland wird abgebrannt

24.01.2013, 19 Uhr, Universität Karlsruhe, Gebäude 20.12, Schlossbezirk 12, Karlsruhe

Warten auf das Wachstum

14.02.2013, 19 Uhr, Universität Karlsruhe, Gebäude 20.12, Schlossbezirk 12, Karlsruhe